

Lübener Volksbote

Vegan für die Interessen der werltägigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitspalte oder deren Raum 40 Pfg., Vernehmungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 155.

Freitag, den 5. Juli 1918.

25. Jahrg.

Türkische Kriegsziele.

Unter Betonung, daß ein Nichteintritt der Türkei in den Krieg der Entente fünf Kriegsschauplätze erspart und wahrscheinlich den Zusammenbruch der Mittelmächte herbeiführt hätte, stellt das türkische Blatt „Mati“ folgende, bereits früher kurz erwähnten, für deutsche Leser aus den verschiedensten Gründen bemerkenswerten Kriegsziele der „öffentlichen türkischen Meinung“ auf:

1. Rückgabe der vom Feinde besetzten Gebiete des Irak, Palästina und Mesopotamien.
2. Wiederherstellung der türkischen Oberherrschaft über Ägypten.
3. Unabhängigkeit Persiens, erzielt durch die Vertreibung der Engländer.
4. Das Schwarze Meer als türkisches Meer, dessen Randstaaten unter türkischer Vormundschaft. „Ein osmanischer Prinz in der Krim und in Mesopotamien, ein deutscher Prinz in Georgien, ein Erzherzog in Armenien würden vortreffliche Regenten darstellen.“
5. Bulgarien kann die Nord-Dobruđa erhalten, muß aber die beiden Tschernoseken zurückgeben, während aus Konstantinopel und Debeagatsch Freihäfen zu machen sind.
6. Solange nicht Tripolis, die Cyrenaika und die Dodekanes dem Sultan zurückgegeben sind, darf Oesterreich Norditalien nicht räumen.
7. Unsere Verbündeten haben die Rückgabe dieser Inseln sowie Kreta zu gewährleisten.
8. Die Ernährung der Türkei ist in der gleichen Weise sicherzustellen, wie diejenige Deutschlands.

Die deutschen Staatsmänner sollen sich dessen bewußt bleiben, daß die Türkei in der Sicherung der Meerengen ein wichtiges Werkzeug für die Erreichung der deutschen Bestrebungen in Händen hält. Wenn die Türkei im Einvernehmen mit Deutschland gegen England und Rußland eine ewige Sperre der Meerengen verhängt, wird in Deutschland die Ueberzeugung von der Billigkeit der türkischen Ansprüche allgemein werden.

Das türkische Blatt, das hier zitiert ist, ist uns unbekannt. Aber wir wissen, daß die von ihm vertretene Meinung ganz gut die Anschauungen wiedergibt, die in den maßgebenden jungtürkischen Kreisen herrschen und deren Politik in weitestem Umfang bestimmen. Daher glauben wir, allen Anlaß zu haben, gegen derartig kriegsverlängernde Ziele und ihre Propagierung einmal ein paar ganz ungewöhnliche Worte zu sagen. Denn das deutsche Volk denkt nicht daran, auch nur eine Woche lang um eines derartigen Ueberannexionismus willen seine Haut zu Markte zu tragen. Sind doch diese Forderungen derartig maßlos, daß dagegen unsere alldeutschen Allerweltsverschuder die reinen Waisenkinder sind!

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Kühlmann, hat in seiner großen Reichstagsrede angedeutet, daß seiner Ueberzeugung nach die türkischen Fragen mit äußerster Vorsicht behandelt werden müßten. Gewiß sind wir keineswegs der Meinung, daß man hier etwas überstürzen oder mit dem Vorzeigen der starken Eisenfaust kotetieren sollte. Das hindert aber nicht, die ewige Leibesreterei, die von dem amtlichen und halbamtlichen Deutschland gegenüber den maßlosen Gefüßten des Alltürkentums präfigiert wird, als eine ganz verderbliche Politik zu erkennen und, nach Monaten vergeßlichen Wartens auf eine endliche Umkehr der amtlichen Politik von diesem Holzweg, schließlich nun einmal laut die Stimme zu erheben und zu rufen: Bis hierher und nicht weiter! Diese diplomatische Leibesreterei hat gerade im Verhältnis zur Türkei schon unendlich viel Schaden angerichtet; nicht nur im Verhältnis zur Türkei: die österreichische Ernährungsministerialpolitik, für die jeder schreibfähige Ausdruck zu schwach ist, hätte nie so weit kommen können, wenn unsere amtlichen Stellen rechtzeitig gegenüber den größtenteils sinnlosen Verbotsbefehlen a la Stürgkh energisch aufgetreten wäre. Aber in den türkischen Fragen ist es noch schlimmer. Statt den Türken zu zeigen, daß sie überhaupt nur dank der deutschen Hilfe noch am Leben sind, daß ihr Land ohne und längst eine englische Kolonie wäre, daß sie allen Grund haben, in ihren Kriegszielen und in ihrem Auftreten gegen die Fremdvölker im eigenen Reich bescheiden zu sein, haben unsere amtlichen Stellen ruhig zugehört, wie das chauvinistische Alltürkentum sich in einen gleichzeitigen für uns lebensgefährlichen und dabei so ganz und gar untergrundlosen Machtdünkel hineingesteigert hat, und wenn von publizistischer Seite in Deutschland Proteste und Warnungen dagegen laut werden wollten, so wurden sie im Namen der gefährdeten Bundeseinheit jahrelang unnachlässig zum Schweigen gebracht. So begnügte man sich mit papierernen Protesten gegen das an den Armeniern verübte bittere Unrecht und sah halb untätig zu, wie diese glücklich ganz und gar Rußland in die Arme getrieben wurden; so ließ man in Sachen des Zionismus den lieben Herrgott einen guten Mann sein, bis es fast so weit war, daß diese imposante nationale Bewegung im Judentum nur noch in der Entente ihr Heil sah — und sehen konnte. Wie maßlos diese Selbstüberschätzung der Türken war, lehrt der Umstand, daß sie jahrelang föhlich im amtlichen Heeresbericht nur vom kaukasischen Kriegsschauplatz sprachen, während die Kämpfe hunderte von Kilometern vom Kaukasus entfernt sich zutrugen. Den gleichen Sinn

hätte es gehabt, wenn die Franzosen etwa von der Weiserfront geredet hätten!

Und nun im einzelnen. Von den Kriegszielen wird man die Freigabe der jetzt von der Entente besetzten Gebiete des Territorialbestandes des Türkischen Reiches, wie er im Herbst 1914 war, und die Unabhängigkeit Persiens ohne weiteres billigen. Die Freiheit und Unversehrtheit dieser Gebiete waren ja von Anfang an deutsche Kriegsziele; sie sind zur Aufrechterhaltung deutscher wirtschaftlicher Entwicklungsfreiheit unbedingt zu erstreben. Diskutabel erscheint auch die Forderung, daß die Engländer Ägypten herausgeben sollen, obwohl wir uns nicht verhehlen wollen, daß das schon ein recht weitgehendes Kriegsziel ist. Die Wiederherstellung der türkischen Oberherrschaft über dieses Land ist aber unter keinen Umständen zu rechtfertigen. Die Ägypter haben nie auch nur im Entferntesten eine Sehnsucht danach durchblicken lassen, und objektiv würde die Unterstellung dieses, wie man doch wahrhaftig endlich ehrlich und ruhig gestehen sollte, unter englischer Verwaltung aus tiefstem Verfall zu neuer glänzender Blüte gekommenen Landes unter die Segnungen türkischer Pasha-Miswirtschaft einem wirtschaftlichen Mordversuch gleichkommen. Wir Deutsche müssen vielmehr Autonomie Ägyptens unter internationaler Garantie seiner Unabhängigkeit und einer Wirtschaftspolitik der offenen Tür fordern. Noch weniger haben wir Anlaß, uns für die Aufhebung des Friedens von Lausanne einzusetzen. Tripolitanien und die Cyrenaika mögen ruhig italienisch, das Zwölfinselnreich (Dodekanesos) und Kreta ebenso ruhig griechisch sein und bleiben; mit Bulgarien mögen sich die Türken auf eigene Hand einigen und die übrigen Verbündeten mit diesen Quängeleien und Mähdereien in Gottes Namen versehen. Die Türkei durchzusüßtern haben wir weder Anlaß noch sind wir dazu in der Lage. Alles das muß deshalb durchaus abgelehnt werden, und wenn es bis jetzt nicht geschieht, so ist es dazu nachgerade allerhöchste Zeit.

Ganz energisch verwahren müssen wir uns gegen alle Eroberungsgelüste des Ottomanentums. Und wenn wir zehn oder mehr unverfugte deutsche Prinzen in Rußlands südöstlichen Randgebieten zur Zufriedenheit von jungtürkischen Magnaten unterbringen könnten, so kann uns selbst dieser Vorteil nicht zu einer Politik bestimmen, die wiederum in weiten Strecken Landes Gewalt an Stelle von Recht setzt. Wenn diese Gebiete sich lösen wollen und einen unaufhaltbaren Drang in sich spüren, die winzige osmanische Schicht zur national herrschenden Schicht ihrer Bevölkerung zu erheben, so mögen sie es freundlichst allein tun; aber deutsche Soldaten dafür einzuspannen und deutsche politische Zukunftsinteressen dafür aufs Spiel zu setzen, wäre Frevel und Wahnsinn zugleich.

Daran ändert auch der im Schlußabsatz des zitierten Stücks verabreichte Wink mit dem Zampfahl nichts. Den wollen wir nicht verstehen. Wir wollen uns nicht mit Rußland und allen seinen Teilnehmern auf ewig verfeinden; wir wollen ihnen nicht jede zukünftige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nach dem Höchstmaß unserer Kräfte erschweren, sondern ihnen im Gegenteil nach besten Kräften aus der entsetzlichen wirtschaftlichen Katastrophe von Krieg und Bürgerkrieg, die das materielle Elend der Zarenzeit zu einer wahren Hölle verklämmert haben, wieder in die Höhe helfen. Deshalb denken wir nicht daran, Rußland die Meerengen zu sperren; im Gegenteil, wir werden ihnen jederzeit mit Freuden für ihre Waren die freie Durchfahrt durch diesen Engpaß, den sie passieren müssen, gewährleisten — im Notfall auch gegen die Jungtürken selbst. Die Sicherheit der Meerengen gegen feindliche Angriffe, dessen sollten sich auch die alltürkischen Journalisten zu passender Zeit doch einmal erinnern, war und ist immer während dieses Krieges nur eine deutsche Leistung gewesen, und so wird es auch bleiben. Nicht die Türkei gewährt uns mit dieser Sperre etwas, sondern wir garantieren ihr damit — und damit allein — den Besitz ihrer Hauptstadt und die harte Existenz ihres Reiches.

Mit dieser notwendigen Lektion soll keineswegs gegen das deutsch-türkische Bündnis Stimmung gemacht werden. Wir sehen nach wie vor unerschütterlich für die Lebensnotwendigkeit unseres Vaterlandes ein, und dazu gehört nun einmal die Wiederherstellung des Türkischen Reiches in dem Umfang, den es vor dem Weltkrieg noch hatte, und die Sicherung seiner wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Das ist der von uns mit fester Ueberzeugung gebilligte Zweck des deutsch-türkischen Bündnis. Dieser Zweck wird aber durch alltürkischen Machtkitel der besprochenen Art auf das Neueste gefährdet; dieser Machtkitel nimmt immer bedrohlicheren Umfang an und verleitet zu immer gemeingefährlicheren Exzessen. Dem muß endlich einmal ein Riegel vorgeschoben werden. Hoffentlich hilft der kalte Guß dazu mit, den wir mit diesen Auseinandersetzungen den allzu hitzigen Gemütern verabreicht haben wollen.

Die preussische Wahlrechtschwand.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Donnerstag in seiner vorläufig letzten Sitzung vor der Vertagung die Beschlüsse, die es in der vorherigen Sitzung zur Ver-

fassungreform gefaßt hat, bekräftigt. Das Stimmenverhältnis war das gleiche wie in der vierten Sitzung. Der Entwurf kann nunmehr an das Herrenhaus gehen. Die der Verabschiedung des Gesetzesentwurf vorausgegangene Debatte war nur kurz; es sprachen nur Abg. Ströbel von den Unabhängigen, der sich allerdings weniger über die Wahlrechtsvorlage als über den Ostfrieden und den Friedensvertrag mit Rumänien aussprach, und Genosse Hue, der nochmals auf unsere grundsätzliche Stellung zur Wahlreform hinwies und eine schnelle Erledigung der Vorlage forderte. Hue erklärte, daß seine Freunde mit der gewaltigen Mehrheit des Volkes erwarten, daß die Regierung unverzüglich zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreite. Er ging dann weiter auf die Art und Weise ein, wie man versucht hat, im Lande sogenannte Arbeiterstimmen zu fabrizieren. Man suche den Eindruck zu erwecken, als ob dahinter wirklich Arbeiter ständen, aber man wolle derartige Machenschaften nicht ernst nehmen, denn es handle sich um von den Unternehmern ausgeschaltene Sklaven. Das Abgeordnetenhaus habe das Gefühl des Volkes aufs äußerste verhöhnt, man möge die Stimmung im Volke nicht verzeihen. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, man möge es nicht zur Katastrophe treiben.

Sodann erteilte das Haus seine Zustimmung zu dem Antrag des Staatsministeriums auf Vertagung des Landtags. Die Vertagung umfaßt die Zeit vom 12. Juli bis 20. September mit der Maßgabe, daß während dieser Zeit die Verfassungskommission des Herrenhauses das Recht hat, zu arbeiten. Das Abgeordnetenhaus selbst wird aber wohl erst Mitte Oktober Sitzungen abhalten.

Anstatt daß nun gestern die Regierung ein entscheidendes Wort gesprochen hätte, schwieg sie. Wollte sie wirklich dem Kaiserwort Geltung verschaffen, dann hätte sie gestern zur Auflösung schreiben müssen. Daß es nicht geschehen ist, wird zweifellos nicht zur Sekundung des Ansehens der Regierung im Volke beitragen.

Rußland und die Entente.

Das Amtsblatt des russischen Geschäftsführenden Hauptauschusses „Zwestia“ schreibt in einem Leitartikel „Letzte Warnung“: Die Mißverständnisse zwischen dem revolutionären Rußland und den Alliierten nehmen in letzter Zeit immer mehr tragischen Charakter an und drohen den beiden beteiligten Seiten sehr großen Schaden zu tun. Es ist unklar, daß die Wurzeln dieser Mißverständnisse soziale Interessen sind, hauptsächlich die Interessen der herrschenden Kreise der englisch-französischen Koalition. Widersetzlicher jagen wir von neuem, daß die von den imperialistischen Mächten gewählte Taktik zur Verteidigung dieser Interessen in ihren Wurzeln selbst schlecht begründet ist und ihnen nur neue Enttäuschung verheißt; alle Welt ist sich klar, daß das revolutionäre Rußland in vielleicht schon recht naher Zukunft eine gewaltige Macht darstellen wird, aber dazu ist es unumgänglich nötig, daß es sich erhole und seine Kräfte nach den harten von Rußland durchgemachten Proben wiederherstellt, in erster Linie das durch den Krieg desorganisierte Transportwesen neu ordnet.

Zur Erreichung dieses Zieles würde der Sowjet bei den an der Wiedererhebung Rußlands interessierten Ländern Hilfe suchen; natürlich unter Bedingungen, die nicht den Grundaufgaben der Regierung, der Arbeiter und der Bauern widersprechen. Eine Zeitlang schien es, als ob in den Kreisen der alliierten Koalition die von Wilson im Geiste des Einvernehmens mit der Sowjetregierung inspirierte Tendenz vorherrschend war. Unglücklicherweise hat sich der politische Horizont in den letzten Tagen verdunkelt, und einzelne Anzeichen weisen darauf hin, daß diejenigen Elemente, die begierig sind nach „bewaffnetem Einschreiten“ gegen die russischen Sowjets und nach Besetzung des russischen Gebietes durch alliierte Streitkräfte das Uebergewicht erlangt haben. Das wäre ein Abenteuer für Frankreich, dessen Hauptstadt durch den deutschen Einfall bedroht ist, und noch weniger verständlich ist diese Geschäftigkeit für England, aber die väterliche Angst Japans um das Heil und Wohlergehen Rußlands ist nur diktiert von seinen Eroberungsabsichten in Rußland. In diesem Einverständnis zu Raubereien auf Kosten der russischen Revolution bewahren allein die Vereinigten Staaten eine abwartende Haltung gegenüber dem revolutionären Rußland. Es wäre sehr bedauerlich, wenn der Druck der französischen, englischen und japanischen Imperialisten die Oberhand über den mächtigsten Einfluß der amerikanischen Bourgeoisie gewänne. Wie dringend auch die Beweggründe der Alliierten bei ihren aktiven Maßnahmen in Rußland sein mögen, sie werden dabei unvermeidlich zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands gezwungen werden. Die Ergebnisse dieser angrißlustigen Politik könnten eine der gewollten entgegenge-

Wirkung hervorbringen. Wenn es den alliierten Armeen gelänge, die Macht der Sowjets zu vernichten und eine Regierung zu bilden, die sich aus Sozialisten und Vertretern der Sowjets zusammensetzte, so würde sich ihren Augen bald eine furchtbare Aussicht darbieten. Die deutsche Militärpartei würde alles tun, um dieser Regierung eine gegenrevolutionäre Regierung entgegenzustellen, die keine direkte Verbindung mit Deutschland zurückerufen würde. Am 5. Kriegsjahre würden die ehemaligen Mitterten russische Heere zusammen mit denen Bulgens sich gegenüber sehen. Die imperialistischen Mitterten sehen keinen solchen Ausgang des Weltkrieges voraus, jedoch würde ihre aggressive Politik die tragische Lösung beschleunigen. Mit diesen neuen Abenteuern in Russland schmeiden die Mitterten eine furchtbare Waffe gegen sich selbst.

Aus diesen Auslassungen, die mindestens im Einverständnis mit der Sowjet-Regierung niedergeschrieben sind, geht unabweisbar der Ernst der Situation hervor. Die Entente treibt ein gefährliches Spiel mit Russland, ein Spiel, das sehr leicht in das Gegenteil dessen umschlagen könnte, was man beabsichtigt hatte.

Wie ernst die Lage ist, erhellt auch aus folgenden Meldungen:

Nach einer Nachricht aus Helsingfors ist der Moskauer Regierung gemeldet worden, daß in Archangelsk ein englisches Geschwader mit 13 Kriegsschiffen eintraf.

Aus Petersburg wird berichtet: Die Versammlung von Vertretern der Verwaltungsräte der 37 Gemeinden Nordrusslands erließ einen Aufruf an alle, in dem der Distriktsausschuß von Murman des Doppelspiels beschuldigt wird. In dem Aufruf heißt es, daß der Vorsitzende dieses Ausschusses sich den Engländern verkauft habe und dunkle Beziehungen zu den englischen Regierungsexekutoren pflege. Sein und seiner Gesinnungsgenossen Ziel sei, eine Verbindung zwischen England und den Tschecho-Slowaken herzustellen, um die Revolution in Russland zu eskalieren. Alle nördlichen Distriktsräte werden zum stärksten Widerstand gegen den Vormarsch der englischen Truppen aufgefordert. Sie sollen zu diesem Zweck Brücken sprengen und Eisenbahnhütten zerstören.

Nach dem Helsingforsier „Hufvudstagsblad“ haben die russischen Sozialrevolutionäre von England im ganzen 265 Millionen Rubel angewiesen erhalten, von denen bereits 4 Millionen eintrafen. Durch Vermittlung der Sozialrevolutionäre haben die Engländer von Archangelsk aus ein Hauptquartier der tschecho-slowakischen Bewegung in Petersburg errichten können.

Stockholms „Dagblad“ das die Zustände Russlands zusammenhängend bespricht, ist der Ansicht, man habe in nächster Zeit eine bewaffnete Intervention der Entente in Russland zu erwarten.

In einem Aufruf der Volkskommissare an die Sowjets der an den Nordbahnen gelegenen Ortschaften heißt es:

„Am Murman gehen aufregende Dinge vor sich. Die Landung der fremdländischen Truppen und die Umgruppierung dieser Kräfte auf verschiedene Stellen Murmans läßt einen Ueberfall auf das Murmangebiet erwarten. Ein Vorgehen Weißer Garde ist unmöglich, um sich eventuell mit den Tschecho-Slowaken zu vereinigen. Deshalb bestimmt der Sowjet der Volkskommissare: Der Schutz aller Stationen und Brücken der Murman- und Nordbahnen ist unzerstörlich zu verteidigen. In allen Zügen sind die Passagiere zu kontrollieren. Alle unter dem Befehl der Sowjetmacht stehenden Streitkräfte sind in Kampfbereitschaft zu setzen. Gegen alle gegenrevolutionären Elemente, die mit den ausländischen Truppen Verständigung suchen, sollen die schärfsten Maßnahmen getroffen werden. Ueber die getroffenen Maßnahmen ist sofort Bericht zu erstatten.“

Nach einer Meldung der Moskauer Zeitung „Swoboda Kossij“ richtete Tschitschew in folgender Note an die englischen Vertreter: Nach dem Willen des arbeitenden Volkes, das sich der Interesseneinheit und Solidarität mit den Arbeitermassen der ganzen Welt bewußt ist, hat die russische sozialistische föderative Volksrepublik die Reihen der kämpfenden Mächte verlassen und hat den Kriegszustand aufgehoben, dessen weitere Andauer die innere Lage Russlands unmöglich machte. Das Arbeitsvolk Russlands und die seinen Willen ausführende Regierung der Arbeiter und Bauern trachten nur danach, in Frieden und Freundschaft mit allen übrigen Völkern zu leben. Keinem einzigen Volke droht das Arbeitsvolk Russlands mit Krieg und keinerlei Gefahr kann von seiner Seite Großbritannien drohen. Mit umso größerer Entschiedenheit muß die Arbeiter- und Bauernregierung Russlands gegen den durch keinerlei aggressive Handlung russischer Heere hervorgerufenen Einbruch englischer bewaffneter Truppen protestieren, die jedoch erst am Murman landeten. Den Streitkräften der russischen Republik ist der Schutz des Murman-Gebietes gegen jeden fremdländischen Einbruch anvertraut, und diese ihre Pflicht werden die Streitkräfte unermüdet erfüllen und bis zuletzt ihrer Revolutionspflichten zum Schutz des Rats Russlands nachkommen. Das Volkskommissariat des Außenwesens besteht in allerentschiedenster Weise darauf, daß in Murman, einer Stadt des neutralen Russland, sich keine bewaffneten Streitkräfte Großbritanniens oder irgend einer anderen fremdländischen Macht aufhalten, und indem es noch einmal seinen schon mehrfach vorgebrachten Protest gegen die Anwesenheit englischer Kriegsschiffe im Murmanhafen wiederholt und gleichzeitig die bestimmte Erwartung ausdrückt, daß Großbritanniens Regierung ihre der internationalen Lage Russlands widersprechenden Maßnahmen zurücknimmt und das Arbeitsvolk Russlands, das den heißen Wunsch hegt, in ungebrochenen freundschaftlichen Beziehungen mit Großbritannien zu verbleiben, nicht gegen seinen Willen in eine Lage gedrängt wird, die seinem allerantwärtigsten Streben nicht entspricht.



Monte Simeon scheiterten englische Stroßtruppenunternehmen. Im Mühlungsgebiet der Piave dauern die Kämpfe an.

Reklänge zur österreichischen Offensive.

Wie die „N. U. Abendzeitung“ aus Wien erzählt, ist Feldmarschall Conrad v. Höhendorf durch den Feldmarschall Kowatz (früherer Generalstabschef des Erzherzogs Eugen) und der Vizeseher des Generalstabs Generalmajor v. Waldstätten durch den Generalmajor Dr. v. Bartholli (ehemaliger Chef der Militärkanzlei des Kronprinzen Franz Ferdinand) ersetzt worden. Das Oberkommando an der italienischen Front hat der deutsche Generaloberst Otto v. Below übernommen.

Kriegensundgebung im serbischen Parlament.

Die Züricher „Morgenpost“ meldet: Stürmische Szenen spielten sich nach Meldungen aus Korfu in der Sitzung des dort tagenden serbischen Parlaments ab. Die Regierung befindet sich in einer isolierten Lage, weil gerade von den regierungstreuen Abgeordneten eine große Anzahl nicht erschienen ist. Die vollständig pazifistische Opposition befindet sich daher in der Mehrheit. Fast alle Redner verlangen sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen und halten der Regierung als Beispiel Rumänien vor, das trotz seiner Niederlage infolge rechtzeitiger Verhandlung einen guten Frieden erzielte.

Wahlen und Ministerdemission in Island.

Dem „Allgemeinen Handelsblad“ zufolge war das Wahlergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer um 12-Uhr mittags wie folgt: Liberale Unionisten 6, Freiliberale 4, Christlich-Historische 7, Antirevolutionäre 18, Katholiken 30, Freisinnige Demokraten 5, Sozialdemokratische Arbeiterpartei 23, Sozialdemokratische Partei 2, Sozialistische Partei 1, Wirtschaftlicher Bund 3, Mittelstandspartei 1, Neutrale Partei 1, Christlich-sozialer Partei 1, Plattenländer rechts und links 1, Verband demokratischer Wehrmacht (vielleicht) 1, Bund Christlicher Sozialisten 1, Christliche Demokraten 1, zusammen 101 Sitze.

Die Wahlen hatten nicht das von ihnen erwartete Ergebnis einer konservativ-kerikalen Mehrheit. Die katholische Partei kam zwar mit 25 auf 31 Sitze in der Kammer und die antirevolutionäre von 11 auf 13 zusammen. Rechnet man jedoch 8 konservativ-kerikale Parteien, Katholiken, Antirevolutionäre und die christlich-historische Partei, so erhalten sie nicht mehr als 50 Sitze. — Eine entscheidende Niederlage bedeutet das Wahlergebnis für die beiden liberalen Parteien, die die Hauptstütze des Ministeriums Cort van der Linden waren. Die Liberalen, Unionisten und Freiliberalen hatten zusammen 31 Sitze. Jetzt verfügen sie nur über 10. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird sieben Abgeordnete mehr in die neue Kammer schicken, im ganzen 22. Die sozialdemokratische Partei und die Sozialistische Partei, die bisher nicht in der Kammer vertreten waren, erhielten erstere zwei, letztere einen Sitz. Amt Abgeordnete werden jede eine besondere Partei, das heißt Interfraktionengruppe, vertreten. Verblüfft stehen sich also die Parteien der Linken und Rechten gleich stark gegenüber.

Das Schicksal des holländischen Geleitzugs.

Nachdem der holländische Geleitzug nach Indien schon ausgefahren war, erhielt er von der holländischen Regierung den Befehl, wieder zurückzukehren.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 5. Juli. (Amst.) Unsere U-Boote haben auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings 15 000 Briten-Regierungsschiffe fernöstlicher Handelsflotte vernichtet. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Republik Georgien.

Mit dem benehmigsten Vertreter der Zentralleitung der georgischen und transkaukasischen Sozialdemokratie, der mit der diplomatischen Abordnung direkt aus Tiflis nach Berlin gekommen ist, hatte ein Mitarbeiter des „Vorwärts“ eine Unterredung.

Am interessantesten war dabei die Erzählung des georgischen Genossen, daß die georgische Sozialdemokratie, die stets die Kerngruppe und die Elite der russischen Sozialdemokratie war, vom Beginn des Krieges an ausgesprochenenweise auf Deutschlands Seite war. Nur vorzeitig gab es unter ihnen — in erregter Gestalt — Anhänger der Idee des Sieges des zaristischen Russlands, während die Bestimmung eines Sieges Russlands geradezu feindselig gegenüberstand. Bei manchen der Führer spielte dabei der Umstand mit, daß viele von ihnen Deutschland persönlich kennen. Viele haben hier studiert, wie z. B. der besagte Genosse, der Doktor der Leipziger Universität ist. Wenn bisher also der Kampf gegen den Jansenismus und eine bestimmte Einschätzung der weltpolitischen Situation, beeinflusst u. a. durch die Stimmung, es wir sich brachten, daß die allgemeinen Sympathien der Georgier auf jenen Deutschlands waren, so haben die Ereignisse der letzten Monate sie gezwungen, auch ihre engere Hoffnungen auf Deutschland zu legen. In ihrer späteren Bedrängnis, worüber unten einiges gesagt wird, richten sie ihre Blicke nach Deutschland in der Erwartung, daß sie hier Hilfe und Schutz für ihr kleines, von allen Seiten umflammertes Volkstum finden werden. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in dieser Beziehung

innerhalb der georgischen Sozialdemokratie

volle Eintracht besteht, und daß die oben anerkannten Führer, wie Tschitschew, Tscheteli, Dschordanija, Kamischwili, Gogelidze und andere, Hand in Hand mit der georgischen Gesamtpartei marschieren. Das Mandat unseres Genossen ist auch von Dschordanija und Tscheteli unterschrieben.

In der Schilderung der dramatischen Begebenheiten des transkaukasischen Abschnitts der russischen Revolution nach dem Umsturz der Bolschewiki in Petersburg stellen sich die Hauptvorgänge wie folgt dar: Die größten Schwierigkeiten verursachte die Aufhebung der russisch-kaukasischen Front. Soldatenmassen überfluteten das Land und drohten es zu verwüsten. Mit großer Mühe gelang es den organisierten Anstrengungen der neu entstandenen Landesbehörde, dieses ungezügelter Stromes einigermaßen Herr zu werden und den Durchtransport der aufgelösten Armee zu Erde zu führen. In Transkaukasien entstand inzwischen ein Landtag, der durch Zuziehung der dreifachen Zahl der in die allrussische Konstituante gewählten transkaukasischen Abgeordneten gebildet wurde. Im ganzen gab es 108 Abgeordnete. Es wurde eine provisorische Regierung gebildet, die sich zusammensetzte aus fünf georgischen Sozialdemokraten, vier Vertretern der tatarischen nationalsozialdemokratischen Partei „Mussawat“ und drei armenischen Sozialisten der Partei „Dschamakal“. Ministerpräsident war der Genosse Gogelidze. Interessant ist, daß die Verhandlungen dieses vielprächtigen Parlaments in russischer Sprache geführt wurden.

Nach der Unterzeichnung des Brest-Litowsker Friedensvertrags schlugen die Türken der provisorischen Regierung Transkaukasiens Verhandlungen vor. Der Brest-Vertrag war in seinen die

Abtretung des kaukasischen Gebiets an die Türken

betreffenden Bestimmungen für die Kaukasien keine geringere Ueberforderung als für die übrige Welt. Sie haben gegen diese Abtretung Protest eingelegt, und nun sollten Verhandlungen zwischen den unmittelbar beteiligten Parteien zu einer Einigung führen. Die Stadt Trapezont (Trapezunt), die hinter der ehemaligen russischen Front liegt, war als Verhandlungsort vorgezogen und angenommen. In der Spitze der transkaukasischen Friedensdelegation stand der Genosse Tscheteli, und während die Delegation in Trapezont weilte und die Zeit so ziemlich ohne Ergebnisse verging, erschienen die Kaukasier sehr bald, daß die Türken vorrückten, und daß Trapezont schon hinter ihrer Front lag. Der transkaukasische Landtag richtete sich inzwischen zur Abwehr der herannahenden Truppen, und es wurde beschlossen, nationale Regimenter aus Georgiern, Armeniern und Tataren ins Leben zu rufen. Die so entstandenen Truppeneinheiten leisteten zwar nicht zu unterschätzender Widerstand, worüber feinerzeit auch türkisch-amerikanische Berichte herausgegeben wurden, doch sie waren den Anforderungen des Kampfes nicht gewachsen. Die Forderungen der Türken lauteten dahin, daß die Transkaukasier sich als von Russland vollkommen unabhängiger Staat konstituieren und den Brest-Vertrag anerkennen. Die Trapezonter Friedensdelegation lehnte mit diesen Vorschlägen nach Tiflis zurück und befürwortete deren Annahme. In der großen Bedrängnis — die Bolschewiki-Regierung, an die sich die Transkaukasier trotz der unversöhnlichen Feindschaft hilfsuchend wandten, würdigte diese „Gegenrevolutionäre“ nicht mit einer Antwort — hat der Landtag die Bedingungen angenommen. Am 27. April wurde

die Unabhängigkeit Transkaukasiens proklamiert,

die Regierung Gogelidzes demissionierte, und eine neue Regierung unter Tscheteli wurde gewählt. Der Brest-Vertrag wurde anerkannt, und auf Vorschlag der Türken sollten neue Verhandlungen in Batum zur engeren Festlegung der Friedensbedingungen anberaumt werden. Während in Batum verhandelt wurde, dauerte der türkische Vormarsch immer weiter, das ganze Gebiet russisch-armenien und der tatarischen Gebiete im Südbosporus wurde besetzt. Unter diesen Umständen wurde das transkaukasische Parlament zu einer Fiktion, und die Georgier, die noch allein ihr Gebiet frei hatten, schritten zur Proklamierung ihrer Unabhängigkeit, was am 25. Mai geschah.

Und die Verhandlungen in Batum? — Diese wurden unterbrochen, angehts der neuen Situation, und die georgische Delegation ist eben zu dem Zweck nach Berlin gekommen, um erstens die Anerkennung der Unabhängigkeit zu erwirken und um

Beistand des Deutschen Reiches

zur Sicherung der Integrität der neuen Republik nachzusuchen.

Auf die Frage wegen der Stellungnahme der beiden andern Nationalitäten — der Tataren und der Armenier — wurde uns die Antwort zuteil, daß die Tataren für immer sich von Russland loszureißen wollen und geneigt sind, bei der Türkei zu verbleiben, während die Armenier die Gründung der unabhängigen georgischen Republik begrüßen, als des einzigen christlichen Staates im Kaukasus, der ihnen gewissen Rückhalt im Notfall wohl geben werde.

Unser Genosse konnte uns mitteilen, daß am gleichen Tage, an dem das Gespräch stattfand, auf drohlichem Wege die Meldung aus Tiflis eintraf, daß zwischen den Türken und den Georgiern ein Friedensvertrag unterzeichnet ist, wonach über die Vereinbarungen des Brest-Vertrages hinaus der Kaukasus freigegeben werden. Doch hofft die hier weilende Delegation, daß es der demnächst zusammentretenden Konferenz aller Verbündeten und Georgiens gelingen werde, günstigere Resultate zu erzielen.

Das Gespräch wandte sich nunmehr den Fragen der Innengestaltung

zu. Die Agrarfrage wurde im transkaukasischen Parlament dadurch gelöst, daß der gesamte Grund und Boden über ein flaches Ausmaß — etwa 7 Hektar Weiland oder 10 Hektar Ackerland — hinaus als Eigentum der Selbstverwaltungorgane erklärt wurde. Die früheren Staats- und Agrarbesitzungen wurden als Eigentum der neuen Republik erklärt. Da Selbstverwaltungorgane fehlten, wurden zur Durchführung der Reform Landkomitees eingesetzt. Jedoch ist die Enteignung faktisch und in geordneter Weise fast ausschließlich in Georgien durchgeführt worden, wo auch die Feldbestellung zufriedenstellend ist. Die Lage der Bauern hat sich merklich gebessert. Geld ist genug im Lande vorhanden. Die Feuerung macht sich sehr spürbar. Da gegen gibt es Lebensmittel in ganz genügendem Maße. Brot, Fleisch, Butter sind stets zu haben, wenn auch zu höheren Preisen als früher. Die Finanzlage ist ungeordnet, und diese Frage muß als eine der ersten der Lösung entgegengeführt werden. Im übrigen weiß das Land sehr große Entwicklungsmöglichkeiten auf, und unsere Genossen hoffen, daß, wenn die Grundlagen der staatlichen Unabhängigkeit erst festgelegt und gesichert werden, das Land befruchtet durch große soziale Reformen, seine Kräfte voll entfalten wird, und daß in freier wirtschaftlicher Verkehr zwischen Georgien und Deutschland beide Länder bedeutenden Nutzen erzielen werden.

Die Sozialdemokratie menschemittlicher Richtung ist die stärkste Partei im Lande, was u. a. daraus hervorgeht, daß von den 13 in Georgien gewählten konstituierenden Abgeordneten zwölf Sozialdemokraten sind. Bolschewistische Ansätze sind zwar vorhanden, doch in der Hauptsache unter den eingewanderten Elementen. Das georgische Volk hält fest an den alten Grundrissen der Sozialdemokratie. In den bürgerlichen und Grundbesitzerkreisen, die mit der Agrarreform und den sozialen Maßnahmen der Sozialisten unzufrieden sind, machen sich zum Teil monarchistische Regungen bemerkbar. Es ist einleuchtend, daß unter den angegebenen Umständen die Einführung der Monarchie in Georgien nur mit Gewalt, gegen den ausgeprägten Willen fast des gesamten Volkes vor sich gehen könnte.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.
1918. Berlin, 4. Juli, abends (Amst.)
Beiderseits der Somme wurden starke englische Teilangriffe in unserem Kampfgebiete zum Scheitern gebracht.
Der österreichisch-ungarische Bericht.
Wien, 4. Juli. (Amst.)
Der Schlachttag war ein zehntägiger Abschnitt der Schlacht außerordentlich reg. Bei Tages an auf dem

Aus dem Preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus, das am Mittwoch wieder nach längerer Pause zusammengetreten ist, unterließ sich eingehend über die Denkschrift über den Wiederaufbau Ostpreussens. Die Redner aller Parteien brachten den von dem Russeneinfall geschädigten Einwohnern die warmsten Sympathien entgegen und betonten die Notwendigkeit, sie mit Hilfe des Staates zu unterstützen. Im Namen der Sozialdemokratie erklärte Genosse Braun, daß alle Schäden, die durch den Russeneinfall erwachsen sind, in vollem Umfange aus Mitteln der Allgemeinheit geholt werden müssen, aber man dürfe darüber nicht vergessen, daß auch die Bevölkerung anderer Landestteile durch den Krieg schwere Nachteile wirtschaftlicher Natur erlitten hat, ohne daß ihnen Entschädigung aus Mitteln der Allgemeinheit gewährt wird. Es darf auch in Ostpreußen grundsätzlich nur für den Schaden Ersatz geleistet werden, der über das Maß dessen hinausgeht, was der Bevölkerung anderer Landestteile erwachsen ist. Bei der Entschädigung der Sachschäden selbst solle man nicht kleinlich vorgehen, namentlich nicht gegenüber kleinen Leuten, die oft ihr ganzes Hab und Gut verloren hätten. Umgehört müsse man allen Betroffenen, sich bei der Hilfsaktion zu bereichern, mit Energie entgegenzutreten. Notwendig sei vor allem eine Beschleunigung des Verfahrens. Allgemein werde darüber geklagt, daß man den Großen mit vollen Händen gibt, aber den Kleinen gegenüber eine gewisse Anzögerlichkeit an den Tag legt. Das Entschädigungsverfahren müsse so durchgeführt werden, daß ein solcher Vorwurf nicht mehr mit Recht erhoben werden kann. Vor allen Dingen müsse auch für die nach Russland Verschleppten, die jetzt zurückgekehrt seien, mehr als bisher geschehen. Auch hier müßte die Hilfe schneller eingreifen, diese Leute dürften auf keinen Fall an die öffentliche Wohlfahrtspflege verwiesen werden, sondern sie müßten aus Mitteln der Allgemeinheit von dem Staat eine Entschädigung erhalten. Gegenüber den vertriebenen autochthonen Bestrebungen, die auch in dieser Debatte wieder zutage traten, betonte Genosse Braun, daß seine Freunde einen Grenzwall nur erblicken könnten in wirtschaftlich und politisch vollständig selbstständigen Grenzstaaten, deren Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit durch einen freien, unbeschränkten, wirtschaftlichen und rechtlichen Güteraustausch auf ein dauerndes Freundschaftsverhältnis mit Deutschland gewichtet seien.

Die Denkschrift wurde zur Kenntnis genommen. Von den übrigen Gegenständen, die gestern außer der an anderer Stelle behandelten Wahlrechtsänderung auf der Tagesordnung standen, verdient besonders Erwähnung der Antrag des Abg. Dek (3.) über die Handhabung der Sammlung von porträgen Kleidern. Im Gegensatz zu den Rednern der bürgerlichen Parteien, die die Interessen der Bekleidungsindustrie und eine feste Entlohnung über die Summe der Reichsbedarfsstellen zum Ausdruck brachten, nahm sich Genosse Reinert der Interessen der Arbeiter an, für die die Kleidungsstücke bestimmt sind. Er betonte nachdrücklich, daß niemand von denen, die sich gegen die Verordnung sträuben und die Arbeiter durch Vorenthaltung der nötigen Kleidungsstücke am Verdienen der Arbeit hindern, ein Recht habe, einen etwaigen Streit von Arbeitern als Vaterlandsverrat zu bezeichnen.

Zur Prozedur Kühmann.

Seiner Verhandlung am Donnerstag vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Berlin I begann, behäuflich das Gericht, für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen, da eine öffentliche Verhandlung eine Gefährdung der Staatsicherheit herbeiführen lasse. Nur drei Beauftragten des Reichskanzlers wurde die Anwesenheit gestattet.

Von den Angeklagten wurde in zwei umfangreichen Schriften ein umfassender Beweisvertrag gestellt. Das Gericht beschloß deshalb, die Verhandlung zu verlagern und zu dem neu anzuvertrauenden Verhandlungstermin außer den geladenen Personen eine Reihe weiterer Zeugen zu laden. Der ebenfalls als Zeuge neu benannte frühere rumänische Ministerpräsident Carp wird kommissarisch vernommen werden.

Die Beamten und das Wahlrecht.

Die „Deutsche Unterbeamten-Zeitung“ das Organ des Verbandes der Unterbeamten des Deutschen Reiches, beschäftigt sich in einem bemerkenswerten Aufsatz mit der preussischen Wahlrechtsreform. Die konservativ-republikanisch-liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus hat bekanntlich in ihrem Wahlrechtsbeschlusse in folgender Bestimmung auch den Beamten eine Zulassung zum Stimmrecht eingeräumt: Eine Zulassung erhält, wer mehr als zehn Jahre (einschließlich der Militärdienstzeit) vom vollendeten 25. Lebensjahre an gedient hat in Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst hauptsächlich tätig ist oder gewesen ist und nicht straf-, ehren- oder disziplinargerichtlich aus dem Amte entfernt worden ist.“ Im Anschluß an diese Bestimmung schreibt die „Unterbeamten-Zeitung“:

„Um es rüchhaltlos auszusprechen: wir haben kein Wahlrecht erbeten — und wir wünschen auch nicht, das mit Bedacht zu werden, denn wird nicht selbstbewußt genug, um für uns in Anspruch zu nehmen, daß wir mit diesem Vorrecht besser umzugehen verstanden als andere Volksgenossen, und wir sind nicht selbstbewußt genug, um für uns Sonderrechte zu erstreben. Zwar erstreben wir schon seit Jahren unsere staatsbürgerliche Gleichberechtigung — aber zu den politischen Vorrechten wollen wir nicht gehören, weil wir ein solches Vorrecht grundsätzlich niemand zugestehen können. Zudem ist es doch recht verwunderlich, daß uns jetzt jene Rechte so begünstigen wollen, die überall da, wo wir unsere Gleichberechtigung verlangen, beim Vereinsrecht, bei der lebenslänglichen Anstellung, bei der Abschaffung der Arreststrafe (bis vor kurzem), bei der Befolgung usw. für unsere Wünsche so wenig Verständnis zeigen. Lange Jahrzehnte hindurch sind die Kreise der Antragsteller in der Macht gewesen, alles durchzuführen, was sie für notwendig hielten. Welchen Gebrauch haben diese Kreise von ihrer politischen Macht zugunsten der Beamten gemacht? Auf keinen Fall einen solchen, der uns zu besonderer Dankbarkeit verpflichtet! Wenn sie uns jetzt mit einem besonderen Gesetzen bedenken wollen, indem sie uns beim Wahlrecht eine Zulassung geben wollen, so macht uns das argwöhnisch. Und zwar mit Recht.“

Wir für unsern Teil jedenfalls lehnen die von Herrn v. Seydewitz uns angebotene Zulassung dankend ab, wir erkennen sie aber auch sonst niemand zu. Für uns gibt es nur ein deutsches und ein preussisches Volk, in dem jedes nur eine Stimme hat. Jede dieser Stimmen sollte eine Bruderstimme sein. Allein wir sehen überall dort der Bruderliebe einen Machtkampf. In diesem Machtkampf gehören wir unteren Beamten unbedingt auf die Seite des Volkes.“

Diese erfreuliche Kundgebung der Unterbeamten für das gleiche Wahlrecht kommt gerade zur rechten Zeit, da schon in diesen Tagen in der fünften Lesung der Verfassungsvorlagen abermals über die Wahlrechtsfrage abgestimmt werden soll. Man muß wünschen, daß auch die anderen Kreise des deutschen Beamtenstandes sich auf einen gleichen Standpunkt stellen werden.

Als Lübeck und den Hamburggebieten.

Stiftige Anwürfe
Tüchtigen gewisse bürgerliche Blätter gegen den Reichstagsabgeordneten Seydewitz, weil er in der Reichstagsabgeordneten

Der amtliche Kriegsbericht.

Gettliche Angriffe des Feindes.
WZ. Großes Hauptquartier, 5. Juli. (Amtlich.)
Wettlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Deftlich von Opfern wurden härtere Vorstöße des Feindes abgewiesen. Beiderseits der Somme sind gestern früh dem starken englischen Feuer Infanterieangriffe des Feindes erfolgt. Auf dem Nordufer des Flusses brachen sie vor unseren Linien blutig zusammen.
Südlich der Somme drang der Feind in Dorf und Wald Hamel ein. Aus der Höhe östlich von Hamel wurde sein Angriff durch unseren Gegenstoß zum Scheitern gebracht. Deftlich von Billers-Bretonneur warfen wir den Feind in seine Ausgansstellungen zurück. Am Abend lebte die Gefechtsstätigkeit fast an der ganzen Heeresgruppenfront auf und blieb auch während der Nacht namentlich im getrigen Kampfschnitt gesteigert.
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Erhöhte Gefechtsstätigkeit auf dem Westufer der Aisne und Heideris der Aisne.
Lt. Wölkhoff errang seinen 35. Jtn. Thun seinen 24. Posten.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

am Mittwoch sich bereit dafür auszusprechen, daß die Reichsregierung ihre Ausmachungen auch bei den militärischen Stellen zur Geltung bringen solle. „Schluß in Ehren, ohne Schaden an Deutschlands Lebensinteressen, aber Schluß! Die Regierung muß alles tun, um eine weitestgehende Friedenspolitik zu treiben.“ So sprach unser Fraktionsredner und hatte dabei die lebhafteste Zustimmung großer Teile des Parlaments. Aber auch in weiten Kreisen der Bevölkerung ist man der gleichen Auffassung, wie die Scheidemann zum Ausdruck brachte. Die Alldeutschen sind darüber begreiflicherweise sehr erobert. In den Spalten ihrer Blätter schäumen sie vor Wut. Nun stimmt in diesen Chorus auch der „Rübecker General-Anzeiger“ mit ein, der seit längerer Zeit bereits in das alldeutsche-vaterlandsparteiliche Lager eingeschwenkt ist. Obwohl aus seinem kühneren Reichstagsbericht sehr wenig von dem zu entnehmen ist, was Scheidemann wirklich gesagt hat und was als Unterlage für seine Anwürfe dienen könnte, zeteriert er darüber, daß die Regierung in Abhängigkeit zur Reichstagsmehrheit geraten sei. Vor allen Dingen paßt es ihm nicht, daß Scheidemann in Übereinstimmung mit dem Staatssekretär Kühnmann ausgesprochen hat, daß militärische Machtmittel allein den Krieg nicht beendigen können.

„Ehrenvoller Frieden im Scheidemannschen Sinne hieße das alles opfern, was wir errungen haben, hieße unsere bewährten Kämpfer strafen, unsere Männer, denen wir Deutschlands Befreiung verdanken, herabschleppen. Scheidemann, der Verkünder der Wahrheit; ein groteskeres Spiel kann man sich kaum vorstellen. Der, der mit der Unterzeichnung der Kühnmannschen Resignation, die das ganze Volk ins Gefäß stülpte, die Wahrheit mißhandelt, verlangt, wir sollen uns schämen zeigen, obwohl wir uns stark fühlen.“ Hat die Kühnmann-Rede nicht schon im Ausland Schaden angerichtet, hier hat sie Anlaß zu einem schändlichen Vorgang gegeben.
Man schimpft auf Scheidemann und will vor allem Kühnmann, den die Eroberungspolitik mit glühendem Haß verfolgen treffen. Den Schaden im Ausland verursacht aber nicht das Bekenntnis zu einem Frieden der Verständigung, zu einem Schluß in Ehren, sondern die Ausschaffungen der Gewaltpolitik, die nach dem Muster der Clemenceau und Lloyd George arbeiten und damit den Kriegshekern im feindlichen Auslande und den Deutschfeinden in den wenigen noch neutralen Staaten gern benutztes Material liefern.

Ueberschreitung der Höchstpreise.

In der letzten Zeit konnte wiederholt beobachtet werden, daß viele Personen aus den verschiedensten Ständen in den Abendstunden in die Vorstädte pilgerten, um unmittelbar bei Gärtnern Gemüse und Frühkartoffeln einzukaufen. Tagelang wäre an sich nicht viel einzuwenden. Leider sollen aber hierbei vielfach arge Ueberschreitungen der gesetzlichen Höchstpreise vorgekommen sein. Gutem Vernehmen nach sind daher die polizeilichen Organe angewiesen worden, auf dieses geizwidrige Treiben ein wachsames Auge zu werfen.

Das ist auch dringend notwendig, denn für den Höchstpreis sind hier keine Kartoffeln zu erhalten, nachdem sie vor Wochen, als man offen dafür Wucherpreise forderte, massenhaft in den Läden zu kaufen waren. Und damals waren sie im Wachstum doch viel weiter zurück als jetzt.

Auswechslung der Türklinten und Fenstergriffe. Amtlich wird mitgeteilt: Die behördliche Organisation der Ersatzbeschaffung der beschlagnahmten Türklinten und Fenstergriffe dient in erster Linie den Interessen der Hausbesitzer selbst; einmal im Hinblick auf die Knappheit an Rohstoffen und Arbeitskräften bedingten Schwerearbeiten, andererseits auch im Hinblick auf die Gefahr einer Verunreinigung durch Preisstreibererei der Lieferer und Zwischenhändler. Daher ist vorgesehen, daß kein Hausbesitzer für die von der Heeresverwaltung gelieferten vollwertigen Ersatzstücke mehr zu zahlen braucht, als er für die abgelieferten Stücke aus Messing und Bronze erhält. Ueberschreitet der Metall-Nebernahmepreis die Kosten des Ersatzes, so wird die Differenz dem Ablieferer ausgezahlt. Im gegenseitigen Falle wird die Differenz durch einen Zuschuß des Reiches ausgeglichen. Durch dieses weitgehende Entgegenkommen der Reichsfinanzverwaltung ist ein unmittelbarer finanzieller Schaden bei der Ersatzbeschaffung für die Hausbesitzer ausgeschlossen. Diese Vergünstigungen gelten jedoch nur in dem Falle, in dem die Lieferung der Ersatzgegenstände, der Aus- und Einbau von der Behörde erfolgt, aber nicht, wenn die Ersatzgegenstände selbst gekauft und eingebaut werden.

Im einzelnen gelten für die Auswechslung der Türklinten und -griffe folgende Gesichtspunkte: 1. Die Ablieferung braucht erst zu erfolgen, wenn Ersatzstücke zur Verfügung stehen. 2. Der zur Ablieferung Verpflichtete kann die abgelieferten Metall-Türklinten und Fenstergriffe selbst ausbauen und die Ersatzstücke auch selbst einbauen. Für den Ausbau der abgelieferten Metall-Türklinten und Fenstergriffe wird außer dem Uebernahmepreis eine besondere Ausbaurvergütung gewährt, dagegen für den von ihm selbst vorgenommenen Einbau der Ersatzstücke nicht. 3. Im Falle der zur Ablieferung Verpflichtete den Aus- und Einbau selbst vornimmt, so hat er sich die Ersatzstücke entweder im freien Handel beschaffen, soweit sie dort verfügbar sind, oder er kann die von der Behörde beschafften Ersatzstücke an den von den Kommunalverbänden noch namhaft zu machenden Stellen kaufen. 4. Die von der Behörde beschafften Ersatzstücke werden zu folgenden Preisen abgegeben: 1 Paar Ersatztürdrücker ohne Ganghild zu 2,50 Mk., 1 Paar Ersatztürdrücker mit Ganghild zu 3,50 Mk., 1 Paar Ersatztürdrücker mit Ganghild und Knochengeißel zu 4,50 Mk., 1 Fenstergriff zu 1,00 Mk. 5. Wenn der zur Ablieferung Verpflichtete selbst einbaut, so steht es ihm frei, die Langschlösser vorläufig noch an den Türen zu belassen und nur die Türdrücker und die Fenstergriffe abzugeben. Er muß allerdings damit rechnen, daß möglicherweise nach einer gewissen Zeit

auch die Langschlösser von ihm noch eingefordert werden; dank ist er verpflichtet, auch noch diese selbst auszubauen. 6. Wenn der zur Ablieferung Verpflichtete weder die Ersatzstücke selbst beschaffen, noch den Ausbau der Ersatzstücke selbst vornehmen will, so kann er bei der beauftragten Behörde die Lieferung der Ersatzstücke auf dem vorgeschriebenen Meldendruck und die Durchführung des Aus- und Einbaues auf dem vorgeschriebenen Antragsformular verlangen. In diesem Falle werden von der Behörde Ausbaufachleute in die Häuser geschickt, welche die metallenen Türklinten einschließlich der Langschlösser und die Fenstergriffe abnehmen und Zug um Zug die Ersatzstücke anbringen. Bei dieser Art der Durchführung erhält der Hauseigentümer lediglich den von der Behörde festgesetzten Uebernahmepreis nach Abzug des Kaufpreises für die behördlich gelieferten Ersatzstücke, aber keine Ausbaurvergütung, die der Ausbaurstelle zufällt. Der Einbau der Ersatzstücke wird von der Ausbaurstelle für den Betroffenen kostenlos durchgeführt. Diese Art der Auswechslung ist daher für den zur Ablieferung Verpflichteten mit der geringsten Mühe verknüpft.

Kriegsbeschädigtenversammlung. Von Kriegsbeschädigten erhalten wir diesen Bericht: Am Mittwoch abend erlebte die neugegründete hiesige Ortsgruppe des Verbandes wirtschaftlicher Beschädigten Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich, sich Essen, in einer von ihr einberufenen öffentlichen Versammlung Kriegsbeschädigter einen hohen Beifall. Der Leiter der Versammlung, Herr Hoff, versuchte in einem schwachen und wenig überzeugenden Referate die Leistungen des „großen und mächtigen Verbandes“ und seiner Ortsgruppe Lübeck in das rechte Licht zu stellen. Er mußte dabei selbst zugeben, daß es bisher immer nur bei dem Versuch geblieben war, große Leistungen zu vollbringen und daß wirkliche Erfolge vom Verband noch nicht erreicht wären. Das ist auch kein Wunder. Bestand doch die Lübecker Ortsgruppe nur aus dem Vorstand und ganzen vier Neuaufnahmen. Interessant wurden die Ausführungen erst, als Herr Hoff anfang, sich mit den Arbeitgeber-Chronmitgliedern zu brüsten. Er plauderte ganz naiv aus, daß große Firmen, unter anderen auch die Firma Krupp in Essen jährlich einen Beitrag von 50000 Mk. dem Essener Verband spendeten. Damit kennzeichnete Herr Hoff seine Ueber-Kriegsbeschädigten-Organisation einwandfrei als eine gelbe, von Krupps und anderer Unternehmer-Gnaden lebende Vereinigung. Bis hier hat man dieser Ansicht begreiflicherweise zu vermeiden gesucht. In der Diskussion sollte die Redezeit zunächst auf 15 Minuten beschränkt bleiben. Einen Antrag, den die Versammlung einstimmig annahm, verlängerte die Redezeit auf eine halbe Stunde. Das Wort ergriß jedoch der provisorische Vorsitzende vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Kamerad B. Franz, dem es leicht war, nachzuweisen, daß der Essener Verband garnicht eigentlich die Interessen der Kriegsbeschädigten wahrnehme, sondern nur im Interesse der Arbeitgeber gegründet sei, was auch seine Flugblätter beweisen. Deswegen hätte er auch die Forderung der Kriegsbeschädigten nach Rentenerhöhung auf das heftigste bekämpft, und diese Forderung als „erbärmlich und verdammenswertig wie eine Streikbewegung“ erklärt. Außerdem habe er in seinem Verbandsorgan die Erhöhung von einer von unseren Feinden zu zahlende Kriegsentwädigung abhängig machen wollen. Das kein Geld dafür da sei, könnte niemand behaupten, zumal doch den Landwirten erst 200 Millionen Zehnermarken gemährt worden seien. Der Essener Verband habe sich aber auch hierdurch zu den alldeutschen Kriegszielen bekannt gemacht und behauptete, politisch neutral zu sein. Der Essener Verband bekämpfe die Erhöhung der Renten aber auch, weil er sich seiner Forderung nach Erhöhung der Renten alles Wohlwollen der Behörden verweigern würde.“ Auch Herr Hoff hatte sich der guten Verbindungen und des Wohlwollens der hiesigen Behörden gerühmt. Wie aber die Behörden tatsächlich über den Essener Verband und seine Führer urteilten, zeigten einige vom Kameraden Franz verlesene amtliche Protokolle und Schreiben. Der Diskussionsredner wies dann darauf hin, daß diese von ihm vorgetragene Urteile noch beliebig vermehrt werden könnten. Der Essener Verband würde heute nur noch vom Unternehmertum gestützt, welches das meiste Interesse an dieser Organisation hätte, was der Vorsitzende ja auch selbst zugegeben hätte. Kamerad Franz warnte deshalb die Anwesenden vor dem Beitritt zu diesem Essener Verband und forderte sie auf, sich dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer anzuschließen. Die Kameraden lobten seine auffällenden Mitteilungen mit reichem Beifall. In seinem Schlussworte konnte der Vorsitzende durch Ablegnung der vorgeschriebenen Tatsachen nicht entkräften und verwieserte dem Kameraden Franz das Wort zur Zurückweisung eines persönlichen Anwurfes. Er wollte ihn sogar aus dem Saal weisen. Unter körperlchem Protest gegen eine solche unkameradschaftliche Handlungswiese erklärte sich die übergrauhe Mehrheit der Anwesenden mit dem Kameraden Franz solidarisch und über 50 Mann von den 60-70 Anwesenden vertieften gemeinsam mit diesem das Lokal. Sie schlossen sich dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer an.

Fahrplanänderungen und Reisende. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß auch oft innerhalb des Gültigkeitsbereichs der Fahrpläne Fahrplanänderungen erfolgen müssen, je nachdem Verkehrsverhältnisse eine weitere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs erfordern oder es sich möglich machen läßt, Erleichterungen zugunsten des reisenden Publikums einzutreten zu lassen. Nun wird von Seiten des Publikums vielfach darüber geklagt, daß es sehr schwer ist, sich über diese Änderungen im Eisenbahnverkehr im gegebenen Fall schnell und zuverlässig zu unterrichten. Das hat die Eisenbahnverwaltung veranlaßt, es in einer besonderen Verfügung den Eisenbahndirektionen zur Pflicht zu machen, diesem Uebelstande nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Nach der Verfügung soll mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, zur Auslastung der benutzten Fahrplanunterlagen auf dem laufenden zu erhalten und im Verkehr mit dem Publikum nur besonders gewandte und unterrichtete Auswärtigebeamte zu verwenden. In weitestem Umfange ist für Veröffentlichung der eintretenden Fahrplanänderungen durch die Presse und durch Ausschänge auf den Bahnhöfen zu sorgen. Auch die rechtzeitige Benachrichtigung der Ausgabestellen des Reichsbuchbuchs sowie aller größeren Kursbuchverleger, von denen bekannt ist, daß sie zeitweilig Nachträge und Berichtigungsblätter zu ihrem Kursbuch herausgeben, ebenso des Reichsbuchbuchs soll nicht vernachlässigt werden. Die Durchführung zeitweiliger Änderungen ist — soweit irgend angängig — nicht zu kurzfristig zu bemessen, um ihr Bekanntwerden hagerzustellen. Im übrigen darf aber auch wohl von dem reisenden Publikum erwartet werden, daß es sich bemüht, sich rechtzeitig zu unterrichten.

Deutsche Segetzungen und Reichswasserkraken. Was erreicht Oberbaudirektor Dr. Ing. Rehder in seiner Studie über ein Norddeutsches Kanalnetz? Wasserbauingenieur Büemann, Lübeck, hat als Einführungsschrift zu der dem Buchhandel nicht übergebenen großen Rausschrift des Oberbaudirektors Dr. Ing. Rehder: „Der Nord-Elbe-Kanal und das zukünftige mitteldeutsche Kanalnetz zwischen Elbe und Weser mit Anschlüssen an die Donau und Oder und den Main und Rhein“ (294 Seiten, Duzat mit 22 Blatt Zeichnungen) eine 24 Seiten umfängliche Schrift herausgegeben, in der er an der Hand einer Uebersichtstabelle auf die Hauptpunkte der Rehderschen Schrift hinweist. Die Büemannsche Schrift dürfte allen, denen die in amtlichen Aufträgen hergestellte Rehdersche Schrift nicht zugänglich ist, eine willkommenen Unterrichtung sein über die weitumfassenden Pläne der Rehderschen Schrift, die ein von Vorkriegszeiten freies, von Sünden nach Norden gerichtetes Kanalnetz empfiehlt. Die Schrift ist im Verlage von Gebrüder Bornträger G. m. b. H. erschienen und kostet mit einer Uebersichtstabelle 1 Mk.

Die Kriegsbeschädigtenversammlung wird in Zukunft in ihrer Sammelstätigkeit folgende Änderungen eintreten lassen: 1. Auf eine Anregung des Kriegsausschusses für Sammel- und Hilfsdienst Berlin, wird sie für die eingelieferten Alt-Metalle (nicht Eisen) zugekauft auf Metall, die beim Polieramt abgeliefert

Die von der **Wirtschaftsstelle** für den Sommer 1918 in der Vergütung für die Ablieferung von **Alt-Metallen** findet also in Zukunft eine Vergütung durch **Stroh** nicht mehr statt. Um die Knochenablieferung, die für die **Fettverarbeitung** unserer Stadt von großer Bedeutung ist, mehr noch als bisher zu haben, wird die Kriegsbrotensammlung die abfallenden Knochen regelmäßig durch ihre Sammelkreise aus den Haushaltungen abholen lassen. Gemäß den Bestimmungen des **Wirtschaftsstellen** werden von den Frauen bei der Ablieferung der Knochen 4 Bsp. für das Pfund vergütet. Wir bitten unsere Hausfrauen dringend, diese Sammlungen nach Kräften zu unterstützen. Es wird noch gerade bekannt sein, welche Bedeutung das Fett für den Haushalt hat. Die Erfahrungen anderer Städte aber, namentlich des benachbarten Hamburg, haben dargetan, welche Mengen an Fett durch eine regelmäßige Knochenablieferung für uns noch gewonnen werden kann.

Preise für Stroh und Säffel aus der Ernte 1918. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts hat die Preise für Stroh aus der Ernte 1918 in der gleichen Höhe wie im letzten Wirtschaftsjahre festgesetzt. Es betragt hiernach der Preis bei Siegeldruckstoff 90 Mt., bei Maschinenruckstoff 80 Mt. für die Tonne. Die Preise schließen die Kosten der Beförderung zur Verladeestelle und des Beilagens mit ein. Für Stroh, das in drahtgeflochtenen Ballen geliefert wird, erhöht sich der Preis um 12 Mt. für die Tonne. Der Lieferungsverband erhält eine Vermittlungsgebühr von 12 Mt. Die Landesbehörden bestimmen, welchen Teil hiervon der Händler zu bekommen hat. Die vorstehenden Strohpreise gelten auch als Höchstpreise für das Stroh, das im freien Verkehr gehandelt wird. Der Säffelpreis beträgt 120 Mt. für die Tonne. Die Zuschläge für den Groß- und Kleinhandel werden von den Landeszentralbehörden festgesetzt, ebenso die Preise für die Strohabgabe durch die Gemeinden und Kommunalverbände.

Die **Detektivkommission** in Lübeck hatte am 1. Juli 1918: 32 325 Mitglieder, darunter 83 Mitglieder von **Erziehungsstellen**, deren Rechte ruhen, gegen 31 688 im Jahre 1917. Auf Männer entfielen davon 16 759 (1917: 16 752), auf Frauen 15 566 (1917: 14 938). Erwerbsunfähig krank waren am letzten Juni Männer 488 (1917: 499) und Frauen 680 (1917: 561). Ausweisheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Juni: 1804 (1917: 1558) erteilt. Sterbesein wurde im Juni für Mitglieder in 29 Fällen, für Angehörige in 15 Fällen gewährt. Uebertragungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die fahrgangsmäßigen Verhaftungsbedingungen waren in 13 Fällen mit Strafe zu belegen.

Grundbuchamt. Vom 8. Juli an sind die Gerichtsschreiber des Grundbuchamts nur vormittags von 9 bis 1 Uhr geöffnet.

Kriegslieferungen. Im Juni wurden an 30 Tagen 103 225 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug für Mitglieder (30 Tage) von 61 435 Portionen 2148, für Abendkost (25 Tage) von 38 790 Portionen 1552, zusammen 3700.

Hamburg. Die Spannungsverhältnisse. Die auch in Hamburg sehr massenhaft auftretende Grippe hat unsere Krankenhäuser überfüllt. Die meisten Erkrankungen verlaufen aber in 2-3 Tagen und so leicht, daß eine Krankenhausaufnahme gar nicht nötig gewesen wäre. Von ärztlicher Seite werden wir gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß die Krankenhäuser für die schweren Fälle, die auch vorzukommen, aufnahmefähig bleiben müssen, und daß die leichter Erkrankten deshalb besser auf die Überführung ins Krankenhaus verzichten möchten. Mit einem Schwämmittel, wie Lindenblütentee und dergl., heilen diese Fälle meist ohne Folgen in 2-3 Tagen.

Altona. Das Generalkommando gegen die kreuzenden Börsianer. Der stellvertretende kommandierende General v. Falk erließ folgende Bekanntmachung: Da aus den Mitteilungen in der Presse hervorgeht, daß die Mitglieder der **Hamburger Wertpapierbörse** beschloßen haben, den Börsenverkehr einzustellen, so entsfällt die Voraussetzung für die Zurückstellung der Firmenvertreter und Angestellten der Mitglieder der Wertpapierbörse. Ich werde anordnen, daß, wenn nicht sofort der Börsenverkehr wieder aufgenommen wird, die zurückgestellten Wehrpflichtigen zum **Seeresdienst** einzuziehen sind. Ich erlaube diese Mitteilung umgehend durch Anschlag in den Börsensälen zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

Altona. Selbstmord eines Kindes. Bei der Eisenbahnbrücke des Abstellbahnhofs Stellingen-Langensfelde hat sich der 14jährige Schulknabe D. erhängt. Der Knabe hat mutmaßlich die Tat begangen, weil er sich längere Zeit umhergetrieben und die Schule verjämmt hatte.

Husum. Sich selbst des Mordes bezichtigt. Ein alter Zuchthäuser, gelernter Schlosser, hatte im Zentralgefängnis, wo er eine Freiheitsstrafe verbüßt, eingeliefert, im Mai v. J. einen Mord begangen zu haben. Er will damals einen eben in Husum zugewanderten (einen Handwerker) kennen gelernt, abends ihn mit hinausgelockt und, nachdem sie sich am Saume eines Gehölzes schlafen gelegt hatten, erstochen und betäubt und darauf mit einem Spaten, den er sich von einem nahebei gelegenen einjämigen Gehölz geholt, verscharrt haben. Da der Verbrecher ein renommierter Ausbrecher ist, lag der Verdacht nahe, daß er das Geständnis nur fingiert, um, an den Ort des angeblichen Verbrechens geführt, von neuem zu entfliehen. Deshalb in Ketten gelegt, wurde er von zwei Polizeis- und zwei Gendarmenbeamten sowie dem Stellvertreter des ersten Staatsanwaltes zu Flensburg geleitet, gestern von Husum auf die Schleswiger Chaussee hinausgeführt. Beim Gehölz zwischen Oster-Ohrstedt und Treia erklärte er, daß er hier den Mord begangen habe, sich der Stelle, wo er sein Opfer verscharrt habe, aber nicht mehr entsinnen könne. Eine sofortige Aufklärung war daher nicht möglich.

Oldenburg. Militärische Revisionskommandos beim Hamstern. Im „Nordd. Volksbl.“ wird u. a. berichtet: Als im vorigen Jahre eine oldenburgische Stadt durch die Lan-

bestaunlichste eine militärische Revision in ihrem Vorgehen bezirkt vornehmen ließ, war das Ergebnis gleich null. Das einzige Ergebnis war, führte der Revisionsrat später in seinem mündlichen Bericht an den Oberbürgermeister lächelnd hinzu, daß die Mannschaften des Revisionskommandos mit Paketen beladen den Schanzplatz ihrer Amtshandlungen verlassen haben. Wenn die Stadt auch keine Kartoffeln mehr bekommen hatte, die zühige Gewissheit blieb ihr, daß wenigstens die Revisionskommandos persönlich nicht ganz leer ausgegangen waren. Jetzt scheint sich nun die Tätigkeit derartiger Kommandos zu einem schweren Mißstand auszuwachsen. So meldet das „Delmenhorster Kreisblatt“ aus Westerstede: „Im Laufe voriger Woche kamen gelegentlich der Revision landwirtschaftlicher Vorräte durch ein Militärkommando auf rätselhafte Weise einer Ehefrau, deren Mann im Felde steht, zwei geräucherte Schinken abhanden. Nachdem zunächst die Nachforschungen kein Ergebnis hatten, hat man jetzt anscheinend die richtige Spur gefunden. Sehr schwerer Verdacht richtete sich gegen zwei Soldaten des Revisionskommandos, die die Fleischwaren vermutlich gefunden, bettelte geschafft und verschifft haben. Das nötige Patzzeug haben die Verdächtigen sich bei Einwohnern in Westerstede zu verschaffen gewußt. Auch ist festgestellt, daß sie nachts längere Zeit außerhalb ihres Quartiers waren und sich am folgenden Morgen mit mehreren Paketen aus ihren Quartieren entfernten. Dem einen Soldaten ist auch nachgewiesen, daß er nachts in der Ecke ein Paket mit Fleischwaren fertig gemacht hat. Gegen die Verdächtigen ist das Strafverfahren bei der Militärbehörde anhängig gemacht worden.“ Aber auch im preussischen Gebiet scheint es ähnlich zu gehen. So wird aus Hoya gemeldet: Eine festtame Entdeckung machte unsere Gendarmerei. Am Tage der Wache des militärischen Kommandos, das auch im Kreise Hoya nach etwa überflüssigen Nahrungs- und Futtermitteln forschen sollte, revidierte sie auf dem Bahnhof das Gepäck der Soldaten. Bei einem Manne wurden 180 Eier und 6 Pfund Butter vorgefunden, bei einem anderen etwa 100 Eier. Auf dem Bahnhof Ehlstrup sind einem dritten Soldaten noch 60 Eier abgenommen worden. Die Verfehlungen des Futtermittel-Kommandos sollen gründlich untersucht werden.“ Wir haben an sich gegen die militärischen Revisionen nichts einzuwenden, halten sie sogar angeht des Verhaltens gewisser Landwirte, nur ungenügende Mengen abzuliefern, für unentbehrlich, aber es ist selbstverständlich, daß dabei der eigentliche Zweck nicht aus dem Auge gelassen wird. In dem Augenblick aber, wo die Soldaten auf eigene Faust anfangen, bei diesen Gelegenheiten zu hamstern, wird die ganze Revision nutzlos.

Stade. Wegen fortgesetzter Verabreichung von Feldpostsendungen wurde der Postverwalter Quauit Göber aus Gnarnsburg von der Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, dem 6., Montag, dem 8. und Dienstag, dem 9. Juli 1918 gelangen in den untenstehend bezeichneten Geschäften zur Ausgabe:

125 Gramm Hartkäse

zum Preise von Mt. 1.50 für 1/2 kg (1 Pfund) auf den Abschnitt der Warenkarte Nr. 66. Die Abschnitte sind bis zum 12. Juli 1918 aufgelegt an die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüttenbuden 18, II, einzuschicken. Lübeck, den 4. Juli 1918. (3188)

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

- | | |
|---|--|
| Baake, Otto, Breite Straße 70 | Kröger, J. U., Travemünde |
| Badstein, W., Schwönetenquerstraße 11 | Krueck, H., Heinrichstr. 13 |
| Barkmann, Karl, Schluß | Lohmann, A., Siem |
| Benecke, Ludw., Passch, Allee 25a | Meckenhäuser Nachf., Waffensstraße 16 |
| Borwardt, J., Kronst. Allee 29 | Mollenhauer (Kurt Polter) |
| Bittmann, J., Fleischhauerstr. 9 | Sollensstr. 86 |
| Döhrmann Nachf. (J. Gützow), Am Markt 5 | Mustin, J., Schluß, Lübecker Straße |
| Erdmann, Ludw., Fleischhauerstraße 7 | Otte, Th., Rühnshausen 33 |
| Ewers Ww., D., Weidling, Hauptstr. | Pauls, M., Schumacherstr. 12 |
| Friderici, Fr., Dänischbüchse | Petersen, Johs., Hansstr. 49a |
| Hayessen, Gerh., Mühlentorstraße | Prinzlin, Herm., Waisenhofstr. 9 |
| Heuer, F., Schützenstr. 21a | Rickmann, J., Travemünde |
| Hinz, Karl, Breite Straße 55 | Rohbach, H., Fackens, Allee 19 |
| Hinz, Jul., Altona | Rostocker Sutterhandl., Beckersgrube 9 |
| Hochhofenwerk, Gertrud, Poststr. 11 | Scharnberg Nachf. (Lina Richter) Schlußmarkt 8 |
| Joppich, Ad., Weidling | Schnoor, Karl, Weidestr. 14 |
| Jüdersleben, Fr., Günter, 33 | Siecke, Ww., Travemünde, Roies |
| Köster, B., Dager, 113 | Storm Nachf., Königsstr. 98 |
| Konsumverein in allen Verkaufsstellen | Uhlisch, A. L. W., Johannisstr. 11 |
| Kranz, M., Schluß | Vorrata, H., Adlerstr. 43 |
| Krapp, Frau E., Bahnh. 6 | Wegner, Hans, Bahnh. 10 |

Plötzlich und unerwartet traf uns die traurige Nachricht, dass mein lieber Mann, unserer Kinder herzensguter Vater, der Gastwirt **Adolf Stief** in den Kämpfen bei Noyon dem grausamen Weltkriege zum Opfer gefallen ist. In tiefer Trauer 3192 **Margarete Stief geb. Kock und Kinder nebst Familie.**

Tabak- Samen „Savanna“, in Deutschland gezogen. Jedermann kann sich seinen Bedarf in Rauch- u. Zigarrentabak im Garten oder Ballontaschen selbst ziehen. Eine Portion Samen 1 Mt., 10 Portionen nur 9 Mt. Anweisungen gratis, auch kräftige Pflanzen derselben Sorte 25 Stk. 2.30 Mt., 100 Stk. 8 Mt.

Pfeffer deutschen Riesenpaprika kann jedermann in jedem Garten leicht selbst bauen. Kräftige starke Pflanzen 25 Stk. 3 Mt., 100 Stk. 9 Mt. Versand überallhin, auch nach den entferntesten Gegenden per Nachnahme. Kein Geld voraussenden. (3185) **Text ist die beste Pflanzzeit.** **A. Plöttner, Großgärtnerei, Zeitz Nr. 45 (Thüringen).**

Danksagung. (3186) Für die herzliche Teilnahme u. Kranzpenden beim Hinscheiden meiner lieben Frau spreche ich hiermit zugleich im Namen der Familie meinen herzlichen Dank aus. **August Kuschnerreit, Renfeld, d. 4. Juli 1918.**

Schlossergeselle sofort gesucht. (3184) **Chr. Dencker, Stavenstr. 35.** Zu sofort ein jung. Mädchen anstelle des erkrankten. (3183) **Greve, Gr. Burgstr. 27.**

Stadthallen-Theater. Direktion: Stanislaus Fuchs. 3190 **Freitag, den 5. Juli 1918: Zum letzten Male:**

Die fünf Frankfurter. Lustspiel von Carl Rößler. **Sonnabend, den 6. Juli 1918:**

Der Opernball Operette von R. Heuberger. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr. **Sonntag, den 7. Juli 1918: Anfang 7 1/2 Uhr:**

Der Opernball Operette von R. Heuberger.

J. H. Pein Am Markt 12. Breite Straße 64. Beste Bezugsquelle für **erstklassige :: Manufakturwaren :: Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunen Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.**

Kaninchenstall zu kaufen gesucht. Ana. m. Br. unt. H H 12 an die Exp. (3198)  **Willi Westfaling** 3179 **Hoistenstrasse** 32

Drucksachen aller Art fertigt an **Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.**

Hansa-Theater. Täglich abends pünktlich 8 Uhr mit Riesenerfolg: **„Der Hias“** Ueber 100 Mitwirkende Ueber 100 Mitwirkende Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone. Mit Riesenerfolg über 3000 Male in allen grösseren Städten Deutschlands aufgeführt.

Sonntag, den 7. Juli: 2 Vorstellungen. Nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr. Zu den Nachmittags-Vorstellungen zahlen Militär und Kinder halbe Preise. **Karten für diese Vorstellung nur an der Theaterkasse.** **Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz.**

Kartenvorverkauf für sämtliche Vorstellungen **Holstenhaus, Holstenstr., Zigarrenhandlung Röhrich, Ecke Schüsselbuden, Musikhaus Odeon** sowie an der Theaterkasse des Hansa-Theaters von 11-1 Uhr vormittags und von 6 Uhr ab. 3192

Kriegs-Brotensammlung Lübeck Für die Ablieferung von **Alt-Metallen** findet von nun an eine Vergütung in bar, nicht mehr in Gutscheinen statt. Für **Alt-Metalle** werden vergütet:

Außer.	für das kg Mt.
Meßing, Rotguld, Zinn, Bronze	1.70
Rein Silber	1.-
Edellegierungen, Neusilber, Alpaka	4.50
Aluminium	1.80
Zinn- und Zinnblech	2.50
Blau- und Glanzblech	2.-
Blau- und Glanzblech	0.40
Zinn	0.40

Der Wirtschaftsausschuß.

Brauerei zur Walkmühle **Hansa-Brauerei A.G.** Lübeck. **Trinkt Lübecker Vereins-Bräu**

Bavaria-Brauerei Hamburg-Altona **Niederlage Lübeck** Lindenstr. 60a Tel. Nr. 474 **Julius Schober** **Wilhelm Rabfoht**

Praktischer Wegweiser **Henrich Waller** **Carl Rohde** **Wilhelm Rabfoht**

Augustscheere **Lübecker Wurstfabrik** **Emil Aland** **E. Ahrens, Bäckmeister.**

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu **MewsMühle, Mühlenfabrikate** **Katzburger Aktien-Brauerei**

Eine verkappte Militärvorlage.

Dem Reichstage ist eine Vorlage zugegangen, die auch bereits im Ausschuss zur Verhandlung stand, welche ihrer wahren Bedeutung wegen einer eingehenden Beachtung wert ist. Mit Beginn des Krieges wurde durch kaiserliche Verordnung der Landsturm aufgerufen. Nach § 23 des Wehrgesetzes ordnet der Kaiser auch die Auflösung des Landsturms an. Diese Auflösung hat dann zu erfolgen, wenn ein Kriegszustand nicht mehr besteht und mit diesem Moment müssen alle Landsturmpflichtigen ohne weiteres entlassen werden. Der Gesetzentwurf, den die Regierung nun eingebracht hat, sieht einen Zusatz zu diesem § 23 vor, in welchem bestimmt wird: „Ausgenommen hiervon (von der Entlassung) sind die im Frieden dem Landsturm 1. Aufgebots übermiesenen oder aus der Ersatzreserve und Marine-Ersatzreserve übergetretenen Landsturmpflichtigen, die im Zeitpunkt der Auflösung des Landsturms für militärisch ausgebildet gelten. Diese treten, sofern sie sich im reiferpflichtigen Alter befinden, zur Reserve, sofern sie dem landwehrrpflichtigen Alter angehören, zur Landwehr über.“ Diese Bestimmung bedeutet also, daß die militärisch ausgebildeten Landsturmlaute nicht entlassen zu werden brauchen. Der § 6 der Wehrordnung bestimmt in seiner Ziffer 4:

„Im Falle notwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die Mannschaften, welche ihre aktive Dienstzeit erfüllt haben, im aktiven Dienst zurückbehalten werden.“

Das neue Gesetz würde also dahin führen, daß die Landsturmpflichtigen, die noch im reiferpflichtigen Alter stehen, nach Beendigung des Krieges zunächst nicht entlassen werden, sondern weiter bei der Fahne bleiben müßten. Die kriegerischen Verluste waren auch für Deutsch- und ziemlich hoch, so daß die Bestände sowohl der aktiven Truppenteile als auch der Reserve und der Landwehr ganz erheblich gelichtet sind. Diese Lücken auszufüllen, soll nunmehr der Landsturm verwendet werden. Daß darin für den Einzelnen eine ungeheure Härte liegt, bedarf kaum einer näheren Darlegung. Viele Landsturmpflichtige haben sich gerade mit Rücksicht darauf, daß sie von jeder militärischen Verpflichtung befreit waren, verheiratet, ein Geschäft gegründet, oder sonst ihre ganze Lebensstellung auf diesen Umstand mit eingestellt. Das alles wird nun durch diese neue Vorlage ohne weiteres über den Haufen geworfen. Mit Recht darf demnach gesagt werden, daß man es hier mit einer Militärvorlage großen Stils zu tun hat. Von sozialdemokratischer Seite ist dem auch bereits darauf hingewiesen worden, daß im Zusammenhang mit dieser Vorlage die Grundrisse der künftigen Heeresorganisation zur Erörterung gelangen müssen. Die Sozialdemokratie fordert Erziehung zur Wehrhaftigkeit und das schließt ein, daß jeder wehrfähige Mann auch zum Dienst mit der Waffe ausgebildet werden soll. Das ist aber dann völlig ausgeschlossen, aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen, wenn die Dienstzeit zwei bezw. drei Jahre beträgt. Man müßte sich also, wenn dies Ziel erreicht werden soll, dazu entschließen, die Dienstzeit ganz erheblich zu verkürzen. Daß dies möglich ist, haben die Erfahrungen des Krieges gelehrt. Leute in einem Alter von 40 Jahren und darüber, die niemals Soldat gewesen waren, sind als Landsturmpflichtige in ganz kurzer Zeit zu Feldsoldaten ausgebildet worden. Wenn das im Kriege, wo es an geeignetem Ausbildungspersonal fehlt, möglich war, dann muß es um so leichter möglich sein, im Frieden junge, kräftige, gesunde Leute in kurzer Zeit zum Soldaten auszubilden zu können. Die Heeresvergrößerung wünscht natürlich nicht, daß alle diese grundsätzlichen Erörterungen mit dieser Vorlage verknüpft werden. Es ist dies aber unumgänglich notwendig, weil ein dringendes Interesse daran besteht, jetzt schon die Grundlage für die künftige Heeresorganisation kennen zu lernen. Mit Recht hat ein sozialdemokratischer Redner darauf hingewiesen, daß diese Vorlage der erste Auftakt für eine Aufrüstung nach dem Kriege ist, nicht aber ein Anzeichen für die Abrüstung, von der heute offiziell und inoffiziell so viel geredet wird. Jedenfalls wird diese Vorlage der Sozialdemokratie die willkommenste Möglichkeit bieten, ihre grundsätzliche Stellung zum Militarismus in der nachdrücklichsten Weise darzulegen.

Deutscher Reichstag.

Der rumänische Friedensvertrag angenommen.

Der Reichstag beendigte gestern den Etat des Auswärtigen Amtes und die Beratung über die rumänischen Friedensverträge. Genosse Noske begründete die Zustimmung unserer Partei zu diesen Verträgen, trotz mancher Bedenken gegen

einzelne Bestimmungen, die vor allen in der unbedingenden Regelung der Dobruđa-Frage liegen. Gewiß sind Rumänien harte Bedingungen auferlegt worden, aber es ist doch ganz selbstverständlich, daß dieser Staat das zurückzahlen muß, was er unter schändlichem Vertragsbruch unrechtmäßig zurückgehalten, geradezu gestohlen hat. Ebenso selbstverständlich ist, daß wir uns gegen eine Wiederholung solcher Vorgänge sichern müssen. Das Hauptgewicht liegt naturgemäß auf den wirtschaftlichen Abmachungen, bei denen wir auf jedes Sonderverrecht verzichten könnten, wenn es gelang, eine weitgehende Verständigung der Völker herbeizuführen. Vorläufig aber müssen wir uns gegen die Eroberungsversuche der Entente sichern, so daß die wirtschaftlichen Vorteile, die wir uns in Rumänien vorbehalten haben, einen Akt der Notwehr darstellen. Dr. Cohn von den Unabhängigen Sozialdemokraten wollte das freilich nicht gelten lassen, sondern meinte, den Rumänen gleiche Härten zu tun. Seine Kennzeichnung der Vertragsbestimmungen als ein Raub mehrde vom Präsidenten als unzulässig gerügt. Gegen die Stimmen der U-Soz. wurde der Friedensvertrag und der Etat des Auswärtigen Amtes genehmigt.

Beim Etat des Reichswirtschaftsamtes brachte der Nationalliberale Kießer und Urendt von der Deutschen Fraktion von neuem ihre Sehnsucht nach dem freien Handel zum Ausdruck. Besonders lehrhaft bekämpfte Arnold, wie sich der Abg. Bell vom Zentrum die Belastung der Hausbesitzer durch das Eingreifen der Generalamortisations in der Regelung der Mietssteigerungen und durch die Beschlagnahme der Sparmetalle. Verlangt wurde, daß diese Beschlagnahme erst durchgeführt werde, wenn auch die Tür- und Fensterrahmen aus allen öffentlichen Gebäuden entfernt seien. Ein Vertreter des Kriegswirtschaftsamtes legte das zu. — In später Abendstunde wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Berlin, 4. Juli.

183. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Köhlmann.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des rumänischen Friedensvertrages.

Oberst v. Franjevič ergänzt seine geistigen Mitteilungen über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien.

Abg. Noske (Soz.): Dem Abg. Dr. Thoma waren wohl die ausführlichen Kommissionsverhandlungen über die deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien nicht bekannt, sonst hätte er seine kritische Rede nicht halten können. Ich kann mir wegen der Kommissionsverhandlungen ein Eingehen auf diese Fragen hier sparen. — Der rumänische Friedensvertrag auferlegt den Rumänen teilweise harte Bedingungen. Aber die Männer, die jetzt Rumänien's Schicksal leiten, hoffen, durch diese Verträge ihr Volk zu Glück und Wohlstand führen zu können. Das rumänische Parlament hat den Friedensvertrag mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Deshalb stimmen auch wir, trotz mancher Bedenken, in der unbedingenden Dobruđa-Frage und gegen die Grenzkorrekturen, dem Vertrage zu. Wir vernehmen seine Härten nicht, aber wir könnten es nicht verantworten, deswegen den Friedensvertrag abzulehnen, und Gefahr zu laufen, daß wieder der Kriegszustand eintritt. Man darf auch schließlich nicht vergessen, mit welcher Freivoligkeit Rumänien in den Krieg eingestiegen ist. Damals hat es alle Verträge gebrochen, das verarbeitete Gold behalten, die zugesagten Waren — Brot und Petroleum — nicht geliefert, eine ganze Menge deutscher Eisenbahnwagen und Schiffe zurückgehalten. Selbstverständlich muß es diesen Schaden jetzt wieder gutmachen. Das deutsche Volk denkt gar nicht daran, noch eine besondere Geldprämie für den Bruch von Bündnisverträgen zu zahlen. Rumänien muß zurückgehen, was es uns unter schändlichem Vertragsbruch gestohlen hat. (Zustimmung.) Es muß darüber hinaus eine ganze Anzahl Verpflichtungen auf sich nehmen, und die Meinungen darüber sind geteilt, ob wir ihnen zumuten, oder ob noch mehr hätte gefordert werden sollen. Widerspruch ist erhoben worden gegen die Verpflichtung Rumänien, den Juden die staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu geben. Darin liegt zweifellos eine Einmütigkeit, aber Rumänien hatte sich bereits in Berliner Vertrag von 1878 dazu verpflichtet. Der englische Außenminister Balfour hat den Jüdinnen eine noch gerechtere Regelung der Judenfrage in Rumänien versprochen. Die Juden werden sich über den Wert solcher Reden nicht länger täuschen. England hat: den Berliner Vertrag mitunterzeichnet und über drei Jahrzehnte lang nichts gegen die Mißhandlung der

Juden in Rumänien getan, trotz ihrer Rumänien als Bundesgenossen geworden. Erst Deutschland hat jetzt die Kulturfrage übernommen, den Juden in Rumänien wirklich zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber natürlich kann auch Deutschland nicht dauernd Gendarmendienste in Rumänien tun. Die Parteien, die der Regierung vorwerfen, sich in der Judenfrage unbedeutend in innere Angelegenheiten Rumänien's eingemischt zu haben, hätten in der Königsfrage die stärkere Einmischung gebilligt und gewünscht. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Regierung sich hierin ganz passiv verhalten hat. Wir würden es durchaus begrüßen, wenn die Rumänen ihren König zum Tausch jagen; aber der deutsche Soldat soll den Rumänen einen König weder zumeist noch bringen. (Sehr gut!) Eine neue Dynastie könnte uns gar nichts nützen. Sie wäre anfangs eine Belastung für uns, für später keine Sicherung, wie die Erfahrung mit der Hohenzollern-Dynastie ja gezeigt haben.

Das Hauptgewicht legen wir auf die wirtschaftlichen Abmachungen. Wir haben wiederholt gefordert, daß das Petroleumabkommen nicht einzelne Banken bereichert, sondern, daß eine ausreichende Gewinnbeteiligung des Reiches unter allen Umständen gesichert wird. Das Recht auf fortwährende Requirierung von Lebensmitteln betrachten wir als eine wirtschaftliche Sicherheitsmaßregel gegen die Erdrosselungsabsichten der Entente. Man mag deren Drohungen für übertrieben halten, mag glauben, daß sie sie selbst beim besten Willen nicht durchführen kann, aber es wäre leichtfertig, wenn Deutschland seinen Volksbedarf nicht für alle Fälle sichern wollte, während noch eine Uebermacht von Feinden es mit Vernichtung bedroht. (Sehr wahr!) Diese Abmachungen sind also eine Art Notwehr, die wir durchaus vertreten können. Die Rumänen zu zahlenden Preise sind übrigens jetzt außerordentlich hoch, nach dem Kriege die Weltmarktpreise.

Wir werden also den Verträgen unsere Zustimmung geben. Ihre dauernde Wirkung wird abhängen von dem großen allgemeinen Friedensschluß. Wenn es gelingt, eine weitgehende Verständigung der Völker herbeizuführen, können wir dann auf alle wirtschaftlichen Sonderverträge verzichten. Die deutsche Sozialdemokratie wird es nie daran fehlen lassen, auf die notwendige Völkerverständigung hinzuwirken, damit harte Friedensverträge dann nicht mehr notwendig sind.

Abg. Gothein (Sp.) warnt vor Ueberschätzung des Petroleumabkommens. Es wäre ganz verfehrt, daraus Riesengewinne für Deutschland zu erwarten. Nach Wiederkehr normaler Verhältnisse werden wir unseren Bedarf an mineralischen Oelen besser wieder aus Amerika decken. Der Redner polemisiert gegen die abfälligen Äußerungen des Grafen Bräunha über die rumänischen Juden. Ein Volk, das so entartet war und so gelitten hat, kann keine große Unabhängigkeit an sein Land haben. Die deutsche Zurückhaltung in der rumänischen Judenfrage kann nicht getadelt werden, da Marghisman die Abreden zweifellos ehestich durchführen wird. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien wiederkehren und daß die deutsche Regierung bald weitere Friedensverträge abschließen möge, die Deutschlands Wirtschaft ebenso sichern.

Abg. H. P. (Reffe): Das empörte deutsche Gerechtigkeitsgefühl hat in diesen Verträgen keine Befriedigung gefunden. Auch die Interessen der deutschen Kolonisten in Mesopotamien sind nicht sichergestellt. Die deutschen Beteiligungen in Moskau und Kiew haben für diese Auslandsdeutschen kaum platonisches Wohlwollen. Wir brauchen eine geschlossene deutsche Kolonie am Schwarzen Meer oder an der Donaumündung. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) greift einige Bestimmungen des Friedensvertrages mit Rumänien an, da sie verkappte Kontributionen darstellen. Auch die Restitutionsfrage der Juden ist in dem Vertrag nicht in genügender Weise sichergestellt. Diesen Friedensvertrag lehnen wir ab, er ist nicht ein Akt der Notwehr, wie Abg. Noske es darstellte, sondern verhält sich eher nach Ueberhülter Kauf (Präsident Lehrenbach rügt diesen Ausdruck als unzulässig.) Unser Auswärtiges Amt treibt nicht selbständige Politik, sondern fügt sich dem Diktat des Militärs. Ein kleiner neutraler Staat wie Luxemburg wird vergewaltigt, im Osten rücken unsere Truppen trotz des Friedensschlusses weiter vor. Unser Ziel ist offen in einem Artikel von Zimmermann in der „Voll. Ztg.“ dargelegt worden: weil wir nicht im Falle des Sieges im Westen England und Amerika nicht zwingen können, uns Rohstoffe zu liefern, müssen wir die Rohstofflieferanten im Osten bis Indien hin wirtschaftlich beherrschen. (Zuruf rechts: Sehr vernünftig!) Wir verurteilen diese Gewaltpolitik, die Rußland gegenüber trotz des Friedensschlusses fortgesetzt wird. Sie zeigt immer noch den Geist des Mißtrauens in die Friedlichkeit und Ehrlichkeit der deutschen Politik. Der eigentliche Friede der Völker ist der Militarismus: ihn muß jedes Volk bei sich, ihn müssen wir bei uns überwinden. (Beifall bei den Unabh. Soz.)

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen. Von Johannes Scherr.

21. Fortsetzung.

Vielleicht! Wort voll Täuschung und doch voll Trost! Wenn die Menschen das „vielleicht“ nicht hätten, würden sie sich über den zahllosen hüßlichen „aber“ auf ihrem Lebenswege den Hals brechen, bevor sie zwanzig Jahre alt sind.

Mit ängstlicher Sorgfalt suchte die arme junge Frau vor aller Welt, besonders aber vor der Mutter und Schwester zu verbergen, was aus ihrem häuslichen Glücke geworden. Das konnte jedoch nicht ganz gelingen. Aber wenn die Mutter sie ins Gebet nahm, oder wenn's Breneli, die ihrer Schwester von ganzer Seele zugetan war, verständig mitleidige Fragen an sie richtete, nahm sie doppelt sich zusammen und suchte wohl gar die von jenen geäußerten Besorgnisse in Scherz zu verkehren. Wie ihr dabei zumute war, sie hätte es nicht veraten mögen, nicht um die Welt! Selbst der Mutter und Schwester nicht. Diese sollten ihren Ruodi liebhaben wie bis dahin, denn sie selbst liebte ihn ja immer noch.

Ein wahrhaft liebendes Weib vermag alles, wenn auch nicht über andere, so doch über sich selbst. Aber der Liebe Lebensodem ist die Ahtung. Mit unendlicher Seelenqual süßte Rosi manchmal, daß dieser Odem in ihrer Brust schwächer und immer schwächer wurde. Wenn er eines Tages ganz ausginge? Oh, dann müßte alles dahin und vorbei sein!

Eines Vormittags kam die Zwischbäuerin zum Külli herab. Sie war gestern drüben auf einem Hof gewesen, der zur Gemeinde Hasli im Grund gehörte. Es hatte dort eine Tochter ihres verstorbenen Bruders. Sie war die Gottn (Patin) der jungen Bäuerin, der gestern das siebente Kind gekauft worden. Dabei hatte die Gotteba natürlich nicht fehlen dürfen.

Die Mutter grüßte ihre unten in der Küche beschäftigte Tochter nur flüchtig, jagte dem Ruodi nach und stieg, als sie erfahren, daß er oben sei, die Treppe hinan.

Was hat denn nur die Mutter? fragte sich Rosi. Sie hat mir ja gar nichts von der gestrigen Taufe erzählt und macht ein so süßlich ernst Gesicht.

Sie überwand sich, nicht hinauszugehen, obgleich eine geheime Besorgnis bei dem um diese Tageszeit ganz ungewöhnlichen Erscheinen der Mutter sie angewandelt hatte. Zuletzt brannte ihr aber der Boden so unter den Füßen, daß sie doch hinaufgehen mußte.

Als sie mit möglichst unbefangener Miene in die Stube trat, brachen die Mutter und der Ruodi das Gespräch, das sie miteinander geführt, plötzlich ab und ganz unerkennbar in jener Weise, die deutlich genug verrät, daß man eine dritte Person nicht wissen lassen will, um was es sich handelt.

Rosi konnte das leicht merken. Sie machte sich einige Augenblicke an einem Schrank zu schaffen und wollte dann wieder hinausgehen. Da brach aber auch die Mutter auf und sagte, der Ruodi sollte sie eine Strecke zur Zwißl hinauf begleiten. Sie hätte ihn um einen Rat zu fragen. Derweil könnte's Rosi's Zwißlaffen vollends rüsten.

Das Essen stand auf dem Tisch, als er zurückkam. Aber er schlang nur häßig einige Bissen hinunter. Er war augenscheinlich sehr aufgeregt, fing hant über Eß von allerlei zu reden an, brach dann schnell wieder ab und verank in ein finstres Brüten.

„Ruodi, was hast?“ fragte Rosi, als das Marelli hinausgegangen war.

„Was werd' ich haben? Nichts, gar nichts! Aber ich hab' vergessen, dir zu sagen, daß ich heut noch, jetzt gleich, nach Hasli im Grund 'nüber muß.“

Und aufstehend murmelte er zwischen den Zähnen: „Der Hundsfeter, der! Aber ich will dem Ruodi's Maul stopfen, ich!“

Was meinte er nur damit? Das war ja gar nicht die gewöhnliche, herrenmäßige Redeweise, in der sich, wie die Leute von Zwischbäueln spöttelten, der Ruodi so gefiel, seit er „draußen im Dittschland“ gewesen.

Rosi wagte keine weitere Frage. Er hätte ihr ja doch kaum eine Antwort gegeben, so hastete er sich mit dem Anziehen und Fortgehen. Gegen Abend drängte es sie nach der Zwißl: die Mutter mußte ja doch gewiß etwas von der wunderlichen Sache wissen. Aber die Zwischbäuerin war heute die diplomatische Zurückhaltung selbst, wollte Rosi's Anspielungen gar nicht verstehen, und als diese mit deutlicheren Fragen herausrückte, sagte sie: „Was wird's groß's sein? Man kann neime nit nach allen Wunden schlagen, Rosi, weißt? Der Zwißlender Hasli im Grund, der Holzschneider, der mit dem Ruodi im Dittschland g'it, hat g'ang den Leuten allerhand vörpapperet (vorgeplaudert). 's ist dumm's Zeug!“

„Aber, Müetti —“

„Oh, ich hab' gar nit drauf g'lojet, Rosi. Mach's du g'ang auch ja, wenn d' ebbe ebbis hören sollst. Aber du wirst neime nit hören. Der Ruodi wird, denk' mir, dem Schlufi k'be 's Maul stopfen.“

Verzeihlicherweise wollte sich Rosi damit nicht zufrieden geben. Aber die Zwischbäuerin wurde gerade in den Stall gerufen, wo eine Kuh im Begriffe war, den Viehstand der Zwißl zu verwehren, und dieses idyllische Ereignis entzog sie den beizugnisvollen Fragen ihrer Tochter.

Der Ruodi kam erst spät in der Nacht heim, noch hart nach Wein und bot seiner Frau mit so schwerer Junge gute Nacht, daß sie gern darauf verzichtete, ihn zu fragen, warum er denn nach Hasli im Grund hinabgerannt.

Von jetzt an zog sich die arme junge Frau mehr und mehr in sich zurück. Sie mochte nicht fragen, sie mochte nicht klagen. Sanft und still trug sie ihre Last. Die Rollen auf ihren Wangen blähten mehr und mehr, und ihr Gang verlor die Schnelligkeit. Sie verberg ihren Kummer vor den Menschen, sie hätte ihn gern vor sich selbst verborgen. Nur dachte sie oft: Oh, wie gut ist's, daß der Vater gestorben. Er hätte das alles nicht so mit ansehen können. Unter die Leute zu gehen vermid sie, wo sie nur immer konnte, und je mehr ihr so traurig veränderter Gatte von Hause fortstrebte, um so eingezogener hielt sie sich, fast klopferlich. Sie meinte — und nicht ohne Grund —, die Leute müßten's ihr ansehen, daß das Glück nicht mehr im Külli daheim, und das drückte sie schwer, so schwer, daß sie dadurch manchmal auf die selbstquälende Vorstellung kam, am Ende sei nur sie daran schuld, daß das Glück nicht geblieben: sie habe es nicht zu feilen verstanden. Wahrschall reine und ehle Gemüter wissen ja nichts von jener wohlfeilen Selbstgerechtigkeit, zu der sich unläutere und selbstjüchtige Menschen so gern hinaufheukeln, und kommen un schwer dazu, sich als Fehlende anzustellen, wo sie nur Opfer sind.

Lief sich die Zwischbäuerin durch das heitere oder wenigstens ruhige Gesicht, das ihr, wenn sie ins Külli kam, die Tochter zu zeigen sich bemühte, wirklich täuschen, oder tat sie nur so? Jedenfalls war sie eine von jenen Naturen, welche die Sachen gern an sich heranrammen lassen und dann erst klug und resolut einzugreifen lieben. Wenn sie daher merkte, wie es eigentlich zwischen der Tochter und dem Tochtermann hand, so mochte sie es noch nicht für an der Zeit halten, zu intervenieren, und ließ demnach die Sachen vorderhand ihren Gang gehen. 's Breneli seinerseits war nicht so diplomatisch. Das Mädchen verriet dem Schwager, den sie zu helfen oder zu verachten begann, deutlich, wie sehr es sein Tun und Treiben mißbilligte. Einmal traf sie den Strobelhäppl im Külli, der jetzt, zu Rosi's Qual, nicht selten dahin kam und allerhand mit dem Hausherrn zu verhandeln hatte, geheim und offen. 's Breneli rümpfte ihr hüßliches Gesicht und sagte laut genug, daß der Häppl und der Ruodi im Erker es hören mußten, zu der Schwester: „Püdi, der Bräuntsludi! Rosi, geh doch und hol d' Ränderpfaun.“ 's ist g'ang hüßli nötig, daß man da mit Eßig und Wascholder räuchert.

Der Ruodi kam aus dem Erker in die Stube herein und bemühte sich, seine Schwägerin zornig anzusehen. Es wollte aber nicht recht gelingen. Er war unruhig und fahrig, und 's Breneli meinte nachher, er sei g'ang ganz „verdattert“ (verblüfft, bestürzt) gewesen. Er zeigte seiner Frau an, daß er nach Menzingen hinab müßte, in „Geschäften“ — er hatte jetzt immer solche Geschäfte bei der Hand — und wahrscheinlich erst morgen abend heim kommen würde. Bald darauf ging er mit dem Strobelhäppl fort. (Fortsetzung folgt.)

